

# DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

20

Herausgegeben vom ANTI - STRAUß - KOMITEE

Nr. 30 / Februar 1978

AKTIONSEINHEIT gegen den ABBAU der DEMOKRATISCHEN RECHTE

## Für eine Demonstration in Bonn!

In unserer Broschüre "Stoppt den Marsch nach rechts" haben wir den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz und die Anti-Terror-Gesetzesentwürfe der CDU/CSU dokumentiert, die neben einer weiteren Einschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses u. a. eine weitere Beschränkung des Demonstrationsrechts, Strafbarkeit der "passiven Bewaffnung", sprich des Schutzes vor Polizeihieben, - und wenns der dicke Wintermantel ist) und einen Sondervermerk für unerwünschte Personen (sprich "Judenstern") im Personalausweis vorsehen.

In Diskussionen hörten wir öfter, daß diese Entwürfe sowieso keine Aussicht hätten, verabschiedet zu werden, da die SPD/FDP - Regierung dem nie zustimmen würde.

Wir wollen im folgenden anhand der Regierungsvorlage der "Antiterrorgesetze" aufzeigen, daß der Abbau demokratischer Rechte nicht nur von der CDU/CSU betrieben wird und daß nicht das Vertrauen in die Regierung uns davor bewahren kann, sondern nur der eigenständige, gemeinsame Kampf dagegen.

Beschränkung der Bürgerrechte  
Sie sind auf dem Weg von der Arbeit nach Hause und kommen dabei am Rathaus

vorbei. Dort wird gerade eine Kundgebung gegen ein neuerliches Auftreten der Faschisten in der Stadt abgehalten, die - wie Sie später erfahren - nicht genehmigt worden war.

Sie werden, als Sie den Platz überqueren wollen, von einem Polizisten aufgefordert, sich auszuweisen. Als Sie fragen, warum, erfahren Sie, daß Sie selbst zwar nicht verdächtig seien, daß die Feststellung Ihrer Identität aber zur Aufklärung einer Straftat geboten scheine (Beschlüsse des Rechtsausschusses = Regierungsvorlage der "Antiterror-Gesetze" 163 b 1).

Als die Polizei nämlich versuchte, die Kundgebungsteilnehmer auseinanderzutreiben, diese jedoch sich nicht entfernten, hatte es bereits etliche Festnahmen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt gegeben.

Als Sie darauf hinweisen, daß Sie ja mit der Sache nichts zu tun hätten, sich ja nur auf dem Weg nach Hause befinden würden, erfahren Sie, daß es darauf überhaupt nicht ankäme, Sie seien auch nicht verdächtig, aber t r o t z d e m sei es notwendig, ihre Personalien festzustellen.



Sie haben Glück und Ihren Personalausweis bei sich. Sie haben weiter Glück, daß der Polizeibeamte den Ausweis nicht für gefälscht hält.

Denn es hätte auch anders kommen können: Sie haben Ihren Ausweis vergessen oder der Polizeibeamte hält ihn für gefälscht (so auf die Schnelle läßt sich das ja nie genau feststellen):

Da es somit für den Polizisten eine "erhebliche Schwierigkeit" bedeutet, Ihre Identität festzustellen, ist er berechtigt, Sie auf die Wache mitzunehmen (Regierungsentwurf § 163 b (2)). Wenn Sie damit "einverstanden" sind, kann er Sie dann noch erkennungsdienstlich behandeln, d. h.: Fingerabdrücke, Fotos, Größenmessungen etc. (ebenda).

Wohlgemerkt, obwohl Sie keines Deliktes beschuldigt werden!

Nach etlichen Stunden (die Polizei kann Sie bis zu 12 Std. zur Identitätsfeststellung festhalten) werden Sie wieder auf freien Fuß gesetzt und können Ihren Nachhauseweg - um eine Erfahrung reicher - fortsetzen.

Die "ANTI-TERRORGESETZE" der SPD/FDP KOALITION .....

Die Paragraphen, die dies ermöglichen, sind Teil der Regierungsvorlage der Anti-Terrorgesetze". Mit dieser Regierungsvorlage werden Teile des "Musterentwurfs des einheitlichen Polizeigesetzes vorweggenommen, den die Innenministerkonferenz vom 11.6.76 beschlossen und den Landtagen und dem Bundestag zur Verabschiedung vorgeschlagen hat.

Dieser Musterentwurf beinhaltet außerdem die Ermächtigung der Polizei zum gezielten Todesschuß, die Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und Maschinenpistolen und den vorbeugenden Polizeigewalt, um nur einige Punkte zu nennen.

Die Gesetze, die am 23.2.78 dem Bundestag zur Verabschiedung vorgelegt werden, und die eine Änderung der Strafprozeßordnung zum Inhalt haben, sind folgende:

.....RAZZIENGESETZE.....

Dadurch soll die Polizei das Recht erhalten, die Identität auch unverdächtigter Bürger festzustellen, (wenn sie nichts dagegen haben, auch erkennungsdienstlich); werden Personen einer Straftat verdächtigt, so müssen sie auch ohne Einverständnis eine erkennungsdienstliche Behandlung über sich ergehen lassen.

Bei Fahndungen nach Schwerverbrechern und Personen, die im Zusammenhang mit dem Paragraphen 129 (Bildung einer kriminellen, Terroristischen Vereinigung) gesucht werden, sollen, wenn "Gefahr im Verzug" ist, Kontrollstellen eingerichtet

werden, wo jeder Bürger ebenfalls angehalten, überprüft und durchsucht werden kann. Ebenso ist die Maßnahme vorgesehen, ganze Gebäude zu durchsuchen.

Zur Identitätsfeststellung sollen Personen bis zu 12 Std. von der Polizei festgehalten werden dürfen, ohne einem Richter vorgeführt werden zu müssen. (Frankfurter Rundschau - FR - 17.12.77). Die FDP will allerdings diese Frist "in Ausnahmefällen" noch verlängert wissen.

.....und EINSCHRÄNKUNG der VERTEIDIGER-RECHTE

Zu den "Antiterrorgesetzen" von SPD und FDP gehört außerdem der Vorschlag, für Verteidigergespräche eine Trennscheibe einzuführen und die "Verdachtschwelle für den Verteidigerausschluß herabzusetzen" (Süddeutsche Zeitung - SZ - 18.1.78)

Begründet wird die angebliche Notwendigkeit damit, daß Verteidiger schneller ausgeschlossen werden können und damit, daß die Bader-Meinhoff-Anwälte ja bewiesen hätten, wie sie ihre Stellung mißbrauchten; dabei ist aber noch kein einziges Verfahren gegen einen dieser Anwälte abgeschlossen und noch kein einziger Anwalt ist rechtskräftig verurteilt worden. Gegen den Rechtsanwalt Groenewold, gegen den vor etlichen Tagen das Verfahren eröffnet worden ist, wurde dafür aber eine ungeheure "Vorverurteilungs-Kampagne" getätigt:

Generalbundesanwalt Rebmann mußte zugeben, daß Groenewold rechtswidrig abgehört worden ist. Justizminister Vogel hatte 1976 6 Journalisten die Anklageschrift gegen Groenewold rechtswidrig weitergegeben, deren Namen er bis heute nicht bekanntmachte, obwohl ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln ihn dazu aufgefordert hat. (FR 20.1.78)

.....RICHTEN sich GEGEN JEDEN.....

Die "Antiterrorgesetze" schränken demokratische Rechte weiter drastisch ein. Sie richten sich gegen jedermann, denn nicht mehr der wird als potentieller Rechtsbrecher behandelt, der sich in irgendeiner Weise verdächtig gemacht hat, sondern jeder. Jeder kann, ohne den geringsten Verdach erregt zu haben, angehalten werden, sich ausweisen müssen und zur Wache mitgenommen werden, um dort bis zu 12 Std. seiner Freiheit beraubt werden.

Diese "Allmacht" des Staatsapparats wirkt natürlich zurück auf noch bestehende Rechte und Freiheiten: sicher überlegt sich mancher zweimal, ob er sich eine Kundgebung annöhen soll, wenn ihm dafür die Aussicht ins Haus steht, bis zu 12 Std. auf einer Wache zu sitzen und wie ein Verbrecher behandelt werden zu können.



## zum Thema

# Die Reaktion handelt und wir?

Der DID ist im Dezember 77 und im Januar 78 nicht erschienen. Warum? Weil der aktuelle Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen das Auftrumpfen der Reaktion unsere ganze Kraft in Anspruch nahm. Die Feinde der Demokratie haben in dieser Zeit ihre Ziele offener dargelegt. Strauß hat in Chile das politische Programm vorgetragen, das er in unserem Land verwirklichen will. Strauß' und Dreggers Parteien entwickeln - den übrigen voran - die konkreten Pläne dazu. (Wir haben jeweils ein Plakat und eine Dokumentation über die Strauß-Reise nach Chile und die verabschiedeten und geplanten Gesetzes-Verschärfungen herausgegeben). Durch die Gesetze, die jetzt gemacht werden, soll ein Instrumentarium geschaffen werden, das schon heute die fortschrittlichen und demokratischen Menschen treffen und einschüchtern soll. Wenn ein Strauß erst an der Macht ist, soll das dazu dienen, "radikal aufzuräumen".

Die Verbindung dessen, was heute in unserem Land geschieht, mit dem, was Strauß in Chile propagiert, zeigt, daß Faschismus und Krieg für uns wieder zu einer aktuellen Gefahr werden. Angesichts dessen ist es notwendiger, denn je die Einheitsfront gegen rechts herzustellen. Welchen Beitrag wir dazu leisten, daran müssen wir als Demokraten gemessen werden.

Die Kernfrage ist, werden wir als Teile einer zersplitterten, demokratischen Bewegung noch weiter in die Defensive gedrängt oder verstehen wir es, uns als Demokraten und Antifaschisten zu einigen.

Wir berichten in diesem DID, wie Demokraten in München und Regensburg gemeinsam gehandelt haben trotz vieler, unterschiedlicher Anschauungen. In vielen anderen Orten gibt es ähnliche Initiativen. Um mehr Menschen auf die Straße gegen die Demontage der Demokratie zu bekommen, müssen sich die bewußten Demokraten nicht nur in ihren Orten, sondern auch überörtlich zusammenschließen, um die notwendigen Aufklärung und Information durchzuführen und um Vorschläge für gemeinsame Aktionen zu machen.

Wir müssen denen, die zögern, ihre Zweifel nehmen. Gerade in der SPD und in den Gewerkschaften sind die Kräfte zu überzeugen und zu gewinnen, die unsere Sorge um die demokratischen Rechte teilen, aber noch von Abgrenzungsbeschlüssen und Ähnlichem abgehalten werden, ihren Beitrag an der Herstellung der Einheitsfront gegen rechts zu leisten.

## INHALT

Seite 1 - 4 :

Aktuelle Informationen zum Abbau demokratischer Rechte, zu den geplanten Gesetzesänderungen im Bundestag

Seite 9 - 15 :

Berichte und Einschätzungen vom Kampf der Demokraten gegen die Demontage der Demokratie

Seite 19 :

Aktionseinheit in Hagen gegen Strauß: Fasching ja-aber nicht mit Strauß !

Seite 23 - 28 :

Der Abbau demokratischer Rechte trägt seine Früchte: immer unerschämter wagen sich die Faschisten an die Öffentlichkeit.



## Fortsetzung von Seite 2:

Bei einem Streik, bei dem sich Streikbrecher durch die Streikposten "erzwingen" fühlen, können die herumstehenden Kollegen reihenweise auf die Wache gebracht, ihre Personalien festgestellt und sie selbst bis zu 12 Std. festgehalten werden.

"Die Hauptnutznießer dieser Entwicklung sind diejenigen, die in der Geschichte noch nie ein Interesse an der Ausweitung und Festigung der Demokratie gezeigt haben. Es sind genau die von Strauß und Dregger politisch repräsentierten Kräfte, die jeden neuen, gesetzlich geregelten Abbau der demokratischen Rechte entweder bejubeln, meist aber als "zu dürftig" kritisieren.

Die Reise von Strauß nach Chile hatte eine wichtige innenpolitische Bedeutung. Er hat mit seinem gezielten Auftritt in Chile klargemacht, welches politische Konzept er für die BRD bereithält: unter dem Vorwand der Rettung der Demokratie - die Beseitigung der Demokratie. Der Abbau der demokratischen Rechte heute gibt Strauß genau die gesetzlichen Instrumente in die Hand, die Stabilität und den inneren Frieden zu schaffen, den er an Chile so bewundert hat. Für wen Strauß nach Chile fuhr, ist bekannt: er wurde eingeladen von der Deutsch-Chilenischen Gesellschaft, in der die Vertreter der Finanz und Industrie der BRD das Sagen haben:

Deutsch-Südamerikanische Bank (eine Tochter der Dresdner Bank), Deutsche Bank, Klöckner-Humboldt-Deutz, Kühne & Nagel, Ferrostahl AG, Salzgitter AG, Braunschweiger Maschinenbauanstalt, Rodenstock und Reemtsma.

Strauß als potentieller Kanzlerkandidat ist der Führer-Aspirant genau dieser Leute." (Aus unserer Broschüre "STOPPT den Marsch nach rechts ...")

**DESHALB MÜSSEN wir GEMEINSAM handeln!**

Gegen die "Antiterrorgesetze" gibt es Widerstand in den Gewerkschaften, in der SPD und von vielen demokratisch gesinnten Menschen.

Die SPD-Politiker Jansen und Scherf (SPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein und Bremen), Voigt (MdB) und Wieczorek-Zeul haben erklärt, Regierung und Bundestagfraktionen "werden sich darauf einzurichten haben, daß die Parteilinie sich - wie ehemals bei der Notstands-Gesetzgebung auch außerhalb der Parteitage an den angekündigten Gesetzesberatungen beteiligt." (FR 9.12.77)

Der hanoversche Kandidat für den Bundesvorsitz der Jusos, Gerhard Schröder, forderte Intellektuelle und organisierte Arbeiter auf, sich zu einer Bürgerrechtsbewegung zu vereinen. (FR 16.1.78)

Beispielhaft sind die Anzeigen in Tageszeitungen in Regensburg, Nürnberg und München, wo Demokraten unterschiedlicher Weltanschauung gemeinsam ihren Protest gegen diese Notstandsgesetze zum Ausdruck brachten. Diese Schritte dürfen aber erst ein Anfang sein.

"Wenn sich die demokratische Bewegung darüber einig ist oder wird, daß sich das gemeinsame Handeln gegen den Notstandskurs, gegen die Angriffe auf die demokratischen Rechte, gegen die Reaktion und die Gefahr von rechts, richten muß, dann können die zahlreichen Proteste ihren Ausdruck in einer starken, gemeinsamen Aktion finden.

Gerade jetzt muß auf die Straße gegangen werden!

Die Reaktion muß sehen, es gibt eine Gegenmacht, die Demokraten sind bereit, für ihre Rechte zu kämpfen!

Und dies müssen wir auch noch zögernden, demokratischen Menschen zeigen, damit ihr Mut wächst!

Gegen weitere Notstandsgesetze!

Für eine zentrale Demonstration in Bonn!"

Aktuelle Broschüre des Anti-Strauß-Komitees:

"Stoppt den Marsch nach rechts!"

Dokumentation zum Abbau demokratischer Rechte

2. Auflage

1.- DM

erhältlich über:

H. Jacobi,

Martin-Greif-Str. 3, 8000 München 2



# Antikommunismus

wird

## Beamtenpflicht

Nicht nur, wenn ein Bewerber für den Staatsdienst die 'freiheitlich-demokratische Grundordnung' aktiv bekämpft, könne ihm die Übernahme in das Beamtenverhältnis verwehrt werden, sondern auch dann schon, wenn er der 'freiheitlich-demokratischen Grundordnung' g l e i c h g ü l t i g gegenübersteht. Mit dieser Auffassung begründete das Verwaltungsgericht Ansbach (s. AZ: AN 954.I/77) in seinem Urteil - jetzt nach 14 Monaten - die Entscheidung der Regierung von Mittelfranken, den 29-jährigen Heinrich Häberlein nicht in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Volksschulen zu übernehmen. Hatte die Regierung noch Zweifel an seinem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gehabt, weil Häberlein Landesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) ist, so kam das Gericht zu der Meinung, die Zugehörigkeit zur DFG/VK allein könne noch keine Zweifel wecken. Jedoch sei es zulässig, Beamtenbewerber, die Führungsposten in der DFG/VK einnehmen, nach ihrem Verhältnis zu Kommunismus und Sozialismus zu fragen, wie er von der DKP vertreten wird.

Das Gericht war der Ansicht, Häberlein stehe als Vorsitzender der DFG/VK immer unter dem Zwang einer geistigen Auseinandersetzung mit kommunistischen Zielsetzungen. Es sei deshalb nicht auszuschließen, daß er diese nicht erkenne und auch nicht in der Lage sei, bei Gefahr aktiv für die Demokratie einzutreten.

Man erinnere sich: Als die Berufsverbietter 1972 begannen, gezielt auf Kommunistenjagd zu gehen und sie aus dem Staatsdienst säuberten - kaum sechs Jahre ist das nun her - da hatten engagierte Gewerkschafter noch Schwierigkeiten, den eigenen Kollegen klar zu machen, was Berufsverbote sind und daß sie sich keineswegs allein gegen Kommunisten richten würden. Wer damals der Ansicht war, man müsse den Berufsverbieter nur nachweisen, daß man mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes (GG) stehen-wird der jetzt erkennen, daß es den Berufsverbieter niemals um den Schutz der sog. freiheitlich-demokratischen Grundordnung ging? Wird spätestens jetzt klar, daß von Anfang an die fortschrittlichen Kräfte hinausgesäubert, jeder kritische Beamte eingeschüchtert und stattdessen obrigkeitshörige Staatsdiener, eingeschworene Antikommunisten und Gewerkschaftsgegner in Justiz, Verwaltung, Schulen u. a. tätig sein sollen?

Was sonst bedeutet es, wenn der Oberstaatsanwalt Bach vom Verwaltungsgericht Ansbach im Falle Häberlein die Ansicht vertrat:

"Von jedem Beamtenanwärter wird Antikommunismus verlangt".

Die Nazis verlangten "Antimarxismus" verbunden mit der Forderung "jederzeit für den nationalen Staat - sprich Nazi-staat - einzutreten."

Die Berufsverbietter fordern "jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten" und verlangen Antikommunismus.

Wo ist der Unterschied? Oder wie lange wird es dauern bis die Berufsverbietter den schwarz-braun durchsetzten Staatsapparat völlig mit Leuten besetzt haben, die unter Demokratie das verstehen, was Strauß in Chile so perfekt wiederhergestellt sieht?



## § 88a:

# Bestraft wird, wer herstellt..

Seit 3 Monaten besteht Haftbefehl gegen 4 Drucker der Firma Agit-Druck. Einer von ihnen konnte inzwischen gegen Kautions von 10 000 DM

Haftverschonung erkaufen, seine Kollegen sind weiterhin im Knast. In einer Presseerklärung führen die Drucker-Anwälte dazu folgendes aus:

Das AGIT-DRUCK-Kollektiv hat seit seinem 6-jährigen Bestehen neben der Zeitschrift INFO-BUG für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin, Postgewerkschaft, Humanistische Union, Mieter-, Stadtteil-, Bürgerinitiativen, Rote Hilfe, Kneipen, Hochschul- und Frauengruppen, sowie auch verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche Druckerzeugnisse aller Art hergestellt.

Daß Gewerbetätiger einer Druckerei wegen des Inhalts einer Publikation nach § 129 a StGB haftbar gemacht werden, ist in der Geschichte der Bundesrepublik bisher ohne Beispiel. Die neuen Vorschriften der §§ 88a und 130a StGB, deren uferlose Tatbestände die Meinungs-, Informations- und Kunstfreiheit in erheblichem Maße beeinträchtigen, reichen offenbar zur Kriminalisierung einer bestimmten Diskussion nicht mehr aus.

Durch den Versuch, die Vorschrift des § 129a StGB auf Drucker anzuwenden, wird nicht nur der Straffrahmen von 3 auf 5 Jahre erweitert, sondern zugleich die technische Herstellung einer Zeitschrift, die Äußerungen beispielsweise der "RAF" dokumentiert, zum bewußten Unterstützen dieser Gruppe gemacht.

Dabei soll es im Fall AGIT-DRUCK keine Rolle spielen,

- ob unsere Mandanten überhaupt Einfluß auf den Inhalt des INFO-BUG nehmen konnten
- ob sie Kenntnis des Inhalts hatten
- ob andere Anhaltspunkte für eine Identifikation mit dem Inhalt als die bloße Erwerbsträgereigenschaft bestehen.

Aus der bloßen Nichtzensur einer Druckvorlage wird von der Staatsanwaltschaft ohne weitere Anhaltspunkte nicht nur eine Identifikation gefolgert, sondern darüber hinaus ein Vorsatz der Beschuldigten, den Fortbestand terroristischer Vereinigungen zu unterstützen oder sogar laut Haftbefehl "für sie geworben zu haben".

Das hat zur praktischen Konsequenz,

dem Drucker wird eine Pflicht zur Zensur der Druckvorlage auferlegt, will er nicht Gefahr laufen, strafrechtlich verfolgt zu werden. Dies steht im Übrigen in bemerkenswertem Gegensatz dazu, daß gegen Drucker, die während des Druckerstreiks 1976 in Frankfurt das Erscheinen eines gegen den Streik gerichteten Artikels verhinderten, wegen Nötigung ermittelt wurde: auf der einen

Seite nur wohl Pflicht zur Zensur, auf der anderen Nötigungsvorwurf,

- das Presserecht wird auf den Kopf gestellt, indem nicht nur der verantwortliche Redakteur einer Zeitschrift, sondern auch der Drucker haftet - das Presserecht, das eine Verantwortlichkeit der Drucker für den Inhalt des Druckerzeugnisses nicht kennt, wird um eine strafrechtliche Verantwortung des Druckers nach § 129 a StGB erweitert,
- jede Publikation wird unter mehrfachen Zensur- und Strafvorbehalt gestellt; wen die Strafverfolgung trifft, steht zur politischen Disposition der Strafverfolgungsbehörden,
- es wird zweierlei Presserecht geschaffen. Während Presseorgane wie FAZ, SPIEGEL oder DIE WELT Aufrufe der "RAF" und ihrer Kommandos nachdrucken, soll der Abdruck eben derselben Aufrufe in Zeitschriften einer bestimmten politischen Richtung für den Drucker mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden.

Angesichts einer derartigen strafrechtlichen Verantwortung für Drucker besteht in Zukunft die Gefahr, daß linksorientierte Publikationen nicht mehr gedruckt werden können, da keine Druckerei ohne entsprechende Prüfung des Inhalts sich einer strafrechtlichen Haftung aussetzen will, andererseits keine Druckerei die Möglichkeit hat, sämtliche Druckerzeugnisse vor dem Andruck zu lesen.

Genau in diesem Punkt aber wird das Freiheitsrecht des Art. 5 GG in seinem Kern getroffen. Die Strafverfolgungsbehörden nehmen sich das Recht, zu entscheiden, wer in welcher Weise durch den Druck einer Zeitung Voraussetzungen für die politische Auseinandersetzung schaffen darf. Werden Maßnahmen wie die gegen unsere Mandanten zur Regel, so behalten sich die Staatsschutzorgane die politische Entscheidung, wer in den Bereich strafrechtlicher Maßnahmen gerät, vor.

Gegenwärtig sind es die Drucker des AGIT-DRUCK-KOLLEKTIVS. Nach der Logik der Strafverfolgungsorgane kann aber jeder - und stehe er den Zielen jener Gruppen wie "RAF" noch so fern - betroffen werden. Der Prozeß der politischen Auseinandersetzung wird damit unter ein unwägbares Risiko gestellt. Ihre Verunsicherung führt letztlich zu ihrer Verhinderung.

## verbreitet..

Fast genau 2 Jahre nach einer ersten Durchsuchungsaktion im Trikont Verlag, München, fand Anfang Dezember 1977 eine weitere derartige Polizeiaktion statt. Insgesamt 28 Exemplare des Berichts "Wie alles anfing" wurden sichergestellt. Dieses erneute polizeistaatliche Vorgehen wurde vom Oberlandesgericht beschlossen, nachdem die Herausgeber letztes Jahr freigesprochen wurden, die Staatsanwaltschaft aber mit ihrer Revision Erfolg hatte.

Diese unnachgiebige Haltung der Staatsorgane kommt nicht nur einem Literaturverbot und der Aufhebung von Meinungs- und Gedankenfreiheit gleich, sondern macht klar, daß ganz bestimmte Schichten, wie etwa Linksoppositi- onelle, Anti-AKW-Gruppen, kurz, was mittlerweile als Sympathisantenszene bezeichnet wird, eingeschüchtert und kriminalisiert werden. Die amtierende Justiz schafft "linken Sumpf", um ihn "trocken zu legen". Gleichgesinnte haben deshalb im Falle dieser autobiographischen Darstellung eines jugendlichen Arbeiters solidarisch gehandelt und das Buch über "Entstehung gewaltsamer Aktionen" neu veröffentlicht.



Empfohlen sei allen Interessenten einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt dieses Buch über das Zurechtfinden eines jungen Menschen in unserer Wohlstandsgesellschaft.

(Erhältlich bei: Volksverlag,  
8531 Linden, DM 10.-, Best.Nr. 132,  
und über den DID)

## zugänglich macht..

Im August 76 durchsuchte der Staatsschutz im Verlauf einer bundesweiten Aktion 8 Buchhandlungen und eine Druckerei und beschlagnahmte u. a. die Zeitung "Revolutionärer Zorn" Nr. 2. Der Geschäftsführer der Politischen Buchhandlung, Bochum und Essen, Th. Kram, war 1 Woche in U-Haft. Zu dieser Vorgeschichte fand nun der erste Prozeß und zwar auf der Grundlage des neuen § 88 a StGb (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) statt - allerdings wurde die Anwendung dieses, seit Inkrafttreten heftig umstrittenen und kritisierten Paragraphen umgangen. Der Protest hatte es der Staatsanwaltschaft wohl ratsam erscheinen lassen, den sogenannten "Maulkorb-Erlass" nicht zur Anwendung kommen zu lassen. Jedenfalls waren sich Verteidigung, Richter und Staatsanwaltschaft einig, dem Angeklagten sei nicht nachzuweisen, daß er den Inhalt der Zeitung gekannt habe. Ein strafbarer Vorsatz läge deshalb bei der Verbreitung nicht vor.

Eine nochmalige Zurücknahme der Anwendung der Maulkorbparagraphen darf man nun nicht mehr erwarten. Nicht vor der Verurteilung der Schrift, sondern vor der Verurteilung des Buchhändlers schreckte der Staat zurück, denn lt.

Gewaltparagraphen ist schon die Verbreitung an sich strafbar. Auch darf nicht übersehen werden, daß schon durch Beschlagnahmen und dgl. sowie Selbstzensur der repräsentative Charakter des Gesetzes Anwendung findet. Was als die Linke bezeichnet wird, wird durch diese Zensurparagraphen permanent bedroht und eingeschüchtert. Nicht nur Autoren, Drucker, Verleger und Buchhändler - auch wer "bezieht" ist gemeint. Nur wenn die Leser solcher Schriften dem Druck nicht nachge-

ben und ihr Interesse und den Bedarf durch Kauf und Weitergabe deutlich machen, helfen sie mit, den Maulkorbparagraphen entgegenzuwirken.

## bezieht.

Vier Broschüren zum gegenwärtigen politischen Klima werden anschließend vorgestellt.

1. Das Diskussionsverbot, eine Geschichte der Zensur, aufgeschrieben und vorgestellt anlässlich der ersten 88 a-Prozesse. Politisches - Dokumentarisches - Literarisches. Bestelladresse: Prolit, Postfach 2969, 6300 Gießen, Preis DM 5.-

2. Peter Brückner, Die Mescalero-Affäre Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur, DM 5.- Bestelladresse: siehe unter 1. oder über den DID.

3. "Terroristen-Sympathisanten?" Im Welt-Bild der Rechten. Eine Dokumentation mit Beiträgen von: Luise Rinser, Egon Lutz, Horst Herrmann, Bernt Engelmann. Preis DM 2.- Bestelladresse: PDI, Münzstraße 3, 8000 München 2.

4. Zur Hetz- und Verleumdungskampagne gegen Schriftsteller und Publizisten in der BRD, Umfrage, DM 5.- Bestelladresse: Publikation - Lesen Vig., Eulenhof, 2351 Hardebek.

5. "Sie würden uns gerne im Knast begraben ..." Beiträge zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin zur Auseinandersetzung um den 2. Juni 67 zehn Jahre danach. Beiträge von Peter-Paul Zahl, Karl-Heinz Roth, Horst Mahler, Hans-Chr. Ströbele, Henning Spangenberg, Jürgen Arnold, Walter Moßmann, Erich Fried, DM 4.80 Bestelladresse: Wohlthatsche Buchhandlung, Rheinstraße 11, 1000 Berlin 41.

■ ■ ■



## Pressefreiheit gefährdet ?

Am 23.12.77 war München ohne Zeitung. Die 5 Münchner Tageszeitungen: SZ, AZ, Merkur, tz und BILD, erschienen nicht, lt. Mitteilung der Zeitungsverlage "um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden".

Beim Münchner Merkur hatten nämlich am 22.12. die Setzer gestreikt und dadurch das Erscheinen des Merkur und der tz unmöglich gemacht. Auch bei der SZ hatte es einen mehrstündigen Streik gegeben, wodurch allerdings der Druck der SZ nicht gefährdet war.

Die Kollegen aus den Zeitungsverlagen hatten allen Grund zu streiken. In den letzten Jahren wurden durch die Rationalisierung in den Druckereien über 35 000 Arbeitsplätze vernichtet. Die meist hochqualifizierten Drucker flogen auf die Straße oder mußten als Hilfsarbeiter tätig sein. Die Intensität der Arbeit wurde durch die Rationalisierung und den Wegfall von Arbeitskräften um die gleichzeitig sich vergrößernde Produktion ungeheuer gesteigert.

Die IG Druck und Papier versucht nun schon seit einigen Monaten, zu einem sog. Rastertarif zu kommen, in dem die Arbeitsbedingungen an den neuen Maschinen bzw. Geräten, wie z. B. Bildschirmgeräten, geregelt werden sollen.

Die Unternehmer schalteten bislang auf stur und dachten nicht daran, den Forderungen der Gewerkschaft entgegenzukommen.

Daraufhin gab es in zahlreichen Betrieben der Druckindustrie seit ca. 2 Monaten mehr oder weniger lange Warnstreiks mit denen die Kollegen den Unternehmern klarmachen wollten, daß sie bereit sind für ihre Forderungen zu kämpfen. Darum der Streik beim Merkur und bei der SZ, darum wurde von den Kollegen das Erscheinen des Merkur und der tz verhindert. Das Nichterscheinen der Zeitungen aus dem Pressehaus in der Münchner Bayerstraße war also konkreter Ausdruck der Meinung der Arbeiter und Angestellten, die sich die Freiheit der Meinung nahmen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Unternehmer reagierten auf diesen Streik indem sie beschlossen, die anderen 3 Zeitungen in München nicht erscheinen zu lassen. Sie nannten das "Solidarität der Unternehmer".

In bestimmter Weise waren die Druckunternehmer hier "solidarisch". Sie waren sich einig darin, den Arbeitern in den Zeitungsbetrieben eins auszuwischen. Sie ließen die Zeitungen nicht erscheinen, um den Unwillen der Leser gegen den Streik der Setzer und Drucker zu mobilisieren. Denn es gibt natürlich eine Menge Zeitungsleser, die einfach sauer sind, wenn sie ihre Morgenzeitung nicht neben dem Frühstückskaffee liegen haben. Genau damit haben die Druckunternehmer gerechnet.

Die Pressefreiheit wurde also nicht durch den Streik der Arbeiter gefährdet, sondern durch die Zeitungsverleger selber. Die Arbeiter mußten 1 Zeitung nicht erscheinen lassen, die Verleger ließen 5 Zeitungen - obwohl sie bereits hergestellt waren - nicht drucken.

Das von den Unternehmern angeführte Argument der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen ist vollkommen an den Haaren herbeigezogen. Der Wettbewerb ist bereits verzerrt:

Axel Caesar Springer besitzt die BILD, Münchner Ausgabe, er besitzt am Münchner Merkur und tz ein Viertel der Anteile, hat aber auch dort de facto das Sagen. Süddeutsche Zeitung und Abendzeitung erscheinen in ein und demselben Haus. Es stehen hier also nicht 5 Betriebe in Konkurrenz, sondern ein ganz großer Monopolist und ein kleinerer Konzern. Aber sie sind sich einig, wenn es gegen ihre Arbeiter geht. Die Meinungsfreiheit gilt ihnen wenig, wenn es darum geht, gegen die Interessen der Drucker vorzugehen.





BEKÄMPFUNG DES  
TERRORISMUS -  
DURCH STÄRKE  
DEMOKRATISCHE  
BEWEGUNG

## Bund demokratischer Wissenschaftler Sektion Berlin (West)

Wir sagen ja zu den Prinzipien der Demokratie, die nach der Zerschlagung des Nazismus in der Berliner Verfassung bzw. im Grundgesetz niedergelegt worden sind. Gleichzeitig bekennen wir uns zu jenem kollektiven Handeln im Interesse der Lohnabhängigen, das die Grundrechte - insbesondere das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Unverletzlichkeit der Person, auf Arbeit und gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern sowie das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht - im politischen Alltag ebenso wie in Krisensituationen zu erhalten vermag. Wir wissen, daß nur Grundrechte und politisch aktive Bürger eine Weiterentwicklung in Richtung auf eine humane Gesellschaft ermöglichen und daß umgekehrt ein Abbau dieser Freiheitsrechte und das Austrocknen des politischen Lebens zu autoritären Herrschaftsformen oder gar zu einem neuen Faschismus hinführen können.

Die Morde und die Geiselnahmen der letzten Zeit sind mehr als nur politische Fehler: Sie sind Verbrechen. Das bornierte Konzept der Terroristen ist offenkundig: Sie wollen faschistische Verhältnisse herbeiführen, um auf diese Weise die bestehende Gesellschaftsordnung leichter zerschlagen zu können. Unmenschlich sind also ihre Mittel, ist ihr Weg und ist infolgedessen auch ihr langfristiges Ziel.

Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus kommen wir jedoch zum Ergebnis, daß nicht staatliche Gegengewalt oder Unterdrückungsmaßnahmen, sondern primär die offene politische Auseinandersetzung und Überzeugungsarbeit unter den Bedingungen einer funktionsfähigen Demokratie das Phänomen des Terrorismus beseitigen können. Wir sagen es klar und unmißverständlich: Auch und gerade der Kasernenhofstaat ist nicht in der Lage, terroristische Anschläge zu verhindern. Die wenigen aktiven Terroristen können durch eine solide kriminalistische Ermittlung und Fahndung gefaßt werden. Die eigentliche Gefahr für unser Land ist die politische Verzweiflung und berufliche Perspektivlosigkeit der Jugend, also mit einem Wort die Tendenzwende, die den besten Nährboden für immer neue Terroristen abgibt. Nicht radikale und engagierte Humanisten wie ein Böll oder Gollwitzer, nicht Radikaldemokraten und Linksliberale, nicht Sozialisten und Gewerkschafter, sondern die Befürworter von Berufsverboten und Lynchjustiz, die Freunde des Parteienverbots und der Todesstrafe begünstigen die eigentliche Symphantisantenszene.

Nicht ein starker Staat oder gar ein starker Mann, sondern eine starke demokratische Arbeiterbewegung sind von Nöten, um hierzulande der Terroristen Herr zu werden. Wer heute dagegen mit betrügerischen Parolen eine Welle der Hysterie auslöst, um auf diese Weise wieder einmal eine Hetzjagd gegen die Linke entfesseln zu können, ist selber ein Feind der Demokratie.

---

beschlossen auf der Vorstandssitzung des Bundes demokratischer  
Wissenschaftler e.V. (Sektion Berlin-West) vom 22.11.77



# Gewerkschaftler gegen Abbau demokratischer Rechte:

## München: ÖTV

Eine Resolution, aus der wir nachstehend Teile abdrucken, wurde uns zugeschickt. Wir meinen, daß diese Initiative nachahmenswert ist.

"Der Betriebsrat des Vereins für Heilpädagogische Aufgaben e.V. Eichendorffplatz 10 a, 8000 München 70 wurde auf der Betriebsversammlung der Mitarbeiter des Vereins am 18.10.1977 beauftragt, folgende Resolution zu verschicken:

### R e s o l u t i o n

An die Gewerkschaft ÖTV, Abt. Sozialarbeit, München.

An die Gewerkschaft GEW, Abt. Sozialpädagogik, München

An die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), München

An das Anti-Strauß-Komitee, München

An den Bundestagsabgeordneten der SPD, Manfred Coppik

zur Weiterleitung an diejenigen Bundestagsabgeordneten, die gegen das Kontakt-sperre-gesetz gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben.

Wir Mitarbeiter des Vereins für Heilpädagogische Aufgaben e.V. stellen fest:

Aus den Ereignissen der vergangenen Tage, Wochen und Monate ziehen wir folgende Lehre:

Mit Entschiedenheit verurteilen wir die Methoden des Terrorismus, der durch unterschiedslose Anwendung von Gewalt gegen Einzelne das zu erreichen vorgibt, wofür seit Jahrzehnten Millionen von Arbeitern und Angestellten gewerkschaftlich und politisch kämpfen:

Gegen Lohnabbau und für den Erhalt demokratischer Rechte, gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Wir stellen fest: die Methoden des Terrorismus haben nichts gemein mit dem Kampf, der von den Arbeitern und Angestellten in ihren Gewerkschaften und politischen Organisationen gemeinsam und solidarisch geführt werden muß, damit sie ein menschenwürdiges Leben führen können.

Gerade deshalb halten wir es für richtig und notwendig, zusammen mit und in den Gewerkschaften und den politischen Organisationen der Arbeiter und Angestellten um den Erhalt demokratischer Rechte und Freiheiten in unserem Land zu kämpfen.

Wir können und dürfen nicht mehr die Augen verschließen, wenn Unrecht in Gesetze gekleidet und uns als "Rechtsstaat" verkauft wird.

Wenn man von Franz Josef Strauß hört, wenn er alles der geistigen Mittäterschaft an den terroristischen Morden beschuldigt, welche Organisationen alle mit den terroristischen Banden gleichgesetzt werden - nämlich alle, die sich kritisch über die Verhältnisse in unserem Land äußern, bis hin zur SPD und die Gewerkschaften - dann weiß man, wer hier eigentlich getroffen werden soll.

Gerade als Pädagogen, die wir für die Entwicklung einer Generation verantwortlich sind, auf die faschistische Gedankengut immer unverhüllter einwirken kann, sehen wir, daß es zu unseren Aufgaben gehört, zu verhindern, daß es wieder zu Zuständen staatlicher Willkürmaßnahmen kommt.

Wir dürfen nicht - so wie es als einer der Wenigen der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik in seiner Stellungnahme gegen die genannten Gesetze ausdrückte, "von der Progromstimmung" vom Kampf für die demokratischen Rechte abgebracht werden.



## Regensburg: HBV

Auf der Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) im DGB am 25.1.78 wurde folgende Resolution verabschiedet:

Die Mitgliederversammlung sieht mit Besorgnis die gegenwärtige Rechtsentwicklung in unserem Land und die Angriffe auf demokratische Grundrechte. Die verbrecherischen Anschläge einer Handvoll Anarchisten sollen als Vorwand dienen für eine Flut von Folgegesetzen der Notstandsgesetze, die insbesondere beinhalten:

- die Rechte von Angeklagten und Verteidigern noch weiter einzuschränken,
- der Polizei die Möglichkeit zum Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren zu verschaffen,
- die Sicherheitsverwahrung - aus dem 3. Reich als Schutzhaft wohl bekannt - zu verschärfen und auszudehnen,
- das Demonstrationsrecht weiter auszuhöheln.

Diese Maßnahmen sind zur Verbrechensbekämpfung erwiesenermaßen untauglich, können aber - einmal verabschiedet - jederzeit gegen alle engagierten Bürger, insbesondere gegen die Gewerkschaftsbewegung, angewandt werden. Sie fördern zugleich ein Klima der Einschüchterung und des Duckmäusertums unter der Jugend und allen arbeitenden Menschen, das nur den Gegnern der Demokratie und den Feinden der Gewerkschaftsbewegung nützen kann. Einschränkungen der Demokratie treffen immer am härtesten die Arbeiter und Angestellten, die ihre Rechte in der Auseinandersetzung mit der Macht der Unternehmer dringend benötigen. Die Gewerkschaften haben sich zurecht gegen die Notstandsgesetze gewandt, sie haben heute die Aufgabe, an vorderster Stelle über die Gefahren aufzuklären und zentralen Protest gegen die geplanten Maßnahmen zu erheben.

### Beschlüsse gegen Rechtsabbau

Die Delegierten der mehr als 10 000 Mitglieder der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in München forderten einstimmig, daß die Gewerkschaften in vorderster Front gegen den unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung betriebenen Abbau demokratischer Rechte kämpfen sollten. Ebenso wandten sich die Delegierten der 5. Zentralen Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil und Bekleidung gegen die Demontage von Rechten der Bürger im Zuge angeblicher „Terrorismusbekämpfung“.

TAT. 27.1.78

## Anti- Strauss - Komitee informiert

Samstag Vormittag vor einem Supermarkt

Die meisten Leute haben es eilig, viele buchstabieren im Vorbeigehen den Text unserer Plakate: "STOPPT den Marsch nach rechts! Gemeinsam handeln." Einige bleiben stehen und fragen, worum es gehe. "Neue Notstandsgesetze" sagen wir. Davon wüßten sie nichts, damals seien sie schon gegen die Notstandsgesetze gewesen, aber daß die jetzt nicht mehr ausreichen sollten - nach Meinung der Regierenden - könnten sie gar nicht glauben. Viele wollten sich erst mal informieren, hatten darüber in den Zeitungen fast nichts gelesen.

Das zeigte uns, wie wichtig es ist, daß wir mit unserem Informations-Material dastehen, in dem die Fakten alle drinstehen.

Gegenüber von uns war ein Stand der SPD. Wir waren uns mit ihnen einig, daß etwas getan werden muß, aber wir konnten uns noch nicht einigen, daß es zusammen geschehen muß. Aber wir haben festgestellt, daß viele SPD-Mitglieder nicht mit der Politik ihrer Führung einverstanden sind. Eine SPD-Kollegin sagte, so klar und deutlich wie man es nur wünschen kann: Wenn das so weitergeht, dürften die SPD-ler bald nicht mehr beim 1. Mai (gemeint ist wohl der Aufmarsch am 1. Mai durch die Stadt) mitmachen vor lauter Abgrenzungsbeschlüssen.



# Demokraten beginnen sich zu rühren !

## Bericht aus München

(München ist beispielhaft für die meisten größeren Städte in der BRD)  
Überall rührten sich Demokraten, fast wöchentlich gab es Veranstaltungen, initiiert von einzelnen, Organisationen, Komitees oder bekannten Persönlichkeiten. Münchner Rechtsanwälte informierten über die geplanten und bereits verabschiedeten Gesetzesverschärfungen, der Schriftsteller Bernt Engelmann las aus seinem Buch über Berufsverbote der letzten 200 Jahre "Trotz alledem", Wallraff berichtete über seine Arbeit bei "BILD" und die Manipulation der Presse. Die SPD machte eine Veranstaltung über Strauß in Chile, kurz darauf auch die DKP, Bayrische Strafverteidiger diskutierten über den Tod der inhaftierten Terroristen. Alle Initiativen in dieser Richtung, die aufgezählten größten und eine ganze Reihe kleinerer beweisen, daß die Demokraten nicht bereit sind zuzusehen, wie es immer mehr bergab geht mit unseren Rechten.

Gleichzeitig wird daran aber auch noch etwas anderes bewiesen: Die Demokraten arbeiten vereinzelt nebeneinander her.

Jede Veranstaltung informiert über eine spezielle Form des Unrechts oder der Unterdrückung in der BRD. Das ist gut! Schlecht ist, daß es dabei bleibt, daß ein bestehendes Unrecht nicht zum Anlaß genommen wird zu fragen: Woher kommt das? Wie ordnet es sich zusammen mit anderem Unrecht? Wie und was kann man dagegen machen und wer muß mitmachen?

Viele Fragen, aber es gibt auch die ganz konkrete Möglichkeit, ihre Lösungen anzupacken. Der Vorschlag einer zentralen Demonstration in Bonn gegen immer neue Notstandsgesetze und Unrechtspraktiken ist gemacht. Die Verwirklichung dieses Vorschlages ist der Gradmesser der Stärke der demokratischen Bewegung.

Bevor es nicht soweit ist, daß die Demokraten sich - über weltanschauliche Differenzen hinweg - zusammenschließen auf

## **AN ALLE DEMOKRATEN !**

Wir die Unterzeichner sehen mit Besorgnis die politische Entwicklung in unserem Land. Sie erinnert uns erschreckend an die Zeit vor und nach 1933.

Unter Ausnutzung der Bekämpfung des Terrorismus werden demokratische Rechte abgebaut und die Grundrechte ausgehöhlt.

Wir wenden uns schärfstens gegen jede weitere Einschränkung unserer demokratischen Rechte, wie sie die geplante Beschneidung des Demonstrationsrechtes, die Verschärfung der Sicherungsverwahrung, die Angriffe auf die Organisationsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung und die weitere Beschneidung der Rechte der Verteidiger, Angeklagten und Gefangenen darstellen.

Wir protestieren gegen die Legalisierung des Todesschußes und den geplanten Einsatz der Bundeswehr im Innern. Wenn schon allein die Äußerung einer politischen Anschauung einen Straftatbestand erfüllen kann (§ 90a), wenn kritische Literatur und Kunst als Straftat verfolgt wird (§ 88a), so ist dies ein Mahnzeichen für alle demokratischen Kräfte. Am 19. Januar sollen weitere Gesetze verabschiedet werden, wie z.B. das "Razziengesetz" (Durchsuchung ganzer Häuserblöcke ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl), sowie erweiterte Legitimation zur Telefon- und Postüberwachung.

Wir sind der Ansicht, daß es höchste Zeit ist, sich zum gemeinsamen Handeln zu entschließen. Die geplanten Maßnahmen müssen verhindert werden.

Wir fordern alle Münchner Demokraten auf:

Helft mit, die Menschen in unserem Land wachzurütteln, damit die Front des Widerstandes zur Erhaltung unserer demokratischen Rechte stark wird. Wir sind der Meinung, daß eine zentrale Demonstration in Bonn, an dem Ort, wo diese Gesetze verabschiedet wurden und werden sollen, notwendig ist. Wenn wir nicht heute auf die Straße gehen, werden wir es vielleicht morgen nicht mehr können!

Willi Ecker (Mitglied des ASTA der Fachhochschule München)

Dieter Enderle (Mitglied des ASTA der Stiftungsfachhochschule München)

Renate Hennecke (Mitglied der Gesellschaft für Freundschaft zwischen den Völkern der BRD und der SR Vietnam)

Heinz Jacobi (Mitglied des Anti-Strauß-Komitees)

Bruno Jonas (Rationaltheater)

Klaus Klefke (Rechtsanwalt)

Hedwig Krimmer (gewählte Schülervertreterin; nähere Angaben dürfen nach ASCHO nicht gemacht werden)

Bernd Lipfert (Mitglied der SJD—Die Falken)

Frank Niepel (Rechtsanwalt)

Peter Trube (Ortsvorsitzender des Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend)

Rainer Utthoff (Rationaltheater)

Hartmut Wächtler, Wolfgang Bendler, Annemarie Gaugel (Rechtsanwälte)

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigung der Kriegsdienstgegner/Kreisverband München

## Randbemerkung zur Pressefreiheit:

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) lehnte den Druck unserer Anzeige ab, da es sich hierbei um "Staatsverunglimpfung" handeln könne.

Die SZ übte Zensur aus mit der Begründung, in der Anzeige würde z. B. behauptet, es gebe in der Bundesrepublik Deutschland Zensur, und das sei ja wohl nicht richtig.....

Diese Anzeige erschien Mitte Januar in der "Abendzeitung". Der Termin der Gesetzesverabschiedung hat sich auf den 23. Februar verschoben. Der Text ist nach wie vor aktuell.



der Grundlage der gemeinsamen Stoßrichtung gegen rechts und dies auch demonstrieren, solange geht nichts vorwärts, sondern rückwärts. Eine zentrale Demonstration wird die Demokraten stärken und die Reaktion schwächen.

Die Menschen, die heute an der Machbarkeit von Demokratie und Fortschritt zweifeln, die verzweifeln an der Zersplitterung der Demokraten; alle diese könnten gewonnen werden durch den praktischen Beweis. Die Demokraten, die heute noch von Abgrenzungsbeschlüssen vom gemeinsamen Kampf abgehalten werden, könnten das Richtige am Erfolg dieser gemeinsamen Sache erkennen. Die zentrale Demonstration könnte Weichen stellen für die Zukunft. Denn, daß was getan werden muß, sehen und sagen viele. Nur an die mögliche Einheit glauben viele nicht. Diese Haltung muß überwunden werden; die Vorbereitung für eine zentrale Demonstration ist die beste Möglichkeit dazu.

Wir berichten aus München, wie wir zusammen mit anderen demokratischen Menschen die ersten Schritte nach Bonn zur zentralen Demonstration machen:

Auf Initiative des Bundes Deutscher Pfadfinder im Ring Bündischer Jugend, Kreisverband München (BDP) kam ein Treffen von Vertretern demokratischer Organisationen und fortschrittlicher Persönlichkeiten zustande.

Das Ziel war:

- 1.) zusammen mit möglichst vielen Demokraten,
- 2.) in der Öffentlichkeit zu protestieren (vgl. Leitartikel)

Als erster Schritt wurde beschlossen, eine Protesterklärung als Anzeige in Münchner Tageszeitungen zu veröffentlichen. Das Ergebnis drucken wir ab. Diese Anzeige haben einige bekannte Münchner unterzeichnet, die aber alle Intellektuelle oder Künstler sind. Als nächstes führten die Unterzeichner der Anzeige eine Veranstaltung durch. Vor Münchner Großbetrieben hatten wir dazu Flugblätter verteilt, um auch die Arbeiter und Gewerkschafter zu gewinnen. Vor ca. 400 - 500 Teilnehmern gab einer der Rechtsanwälte einen Überblick über die uns drohenden Gesetze, so daß einen das Fürchten überkommen müßte, wenn man nichts dagegen tun könnte. (vgl. Schlußwort des Rechtsanwalts auf der Münchner Veranstaltung) Was man dagegen tun kann und muß, wurde leider nur noch sehr

kurz diskutiert. Zur weiteren Information und Mobilisierung wurden zwei konkrete Vorschläge beschlossen. Einmal sollen jetzt Unterschriften unter der Bevölkerung für eine erneute Veröffentlichung der Anzeige zum verschobenen Verabschiedungstermin der Gesetze am 23.2.78 gesammelt werden, ferner werden Informationsstände in verschiedenen Stadtteilen gemacht.

Nachstehend das Schlußwort von Rechtsanwalt Niepel auf der Veranstaltung in München:

#### Schlußwort

Liebe Freunde, der Münchner Drucker hat die Frage gestellt, ob Streiks kriminalisiert werden können. Ich meine, daß die Juristen, wie ich das vorhin schon gesagt habe, selbstverständlich Wege finden werden, Streiks zu kriminalisieren. Ich nenne so als Stichworte Nötigung, Hausfriedensbruch, Störung des Betriebsfriedens. Wichtig scheint mir aber zu sein, daß die Grenze dessen, was heute hingenommen wird, und vielleicht morgen schon bestraft wird, davon abhängt, ob wir diese Rechte in Anspruch nehmen oder nicht. Die Justiz ist in jeder Gesellschaft immer Instrument der Herrschenden gewesen, gleichgültig, was ein einzelner Richter für Vorstellungen hat, wie unabhängig, wie objektiv er im Einzelfall die Gerechtigkeit verwirklichen will. Das ist immer eine Machtfrage, wo die Grenze dessen verläuft, was in der ständigen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit getan werden kann. Typisch dafür ist das Widerstandsrecht in Artikel 20 Absatz 4 GG. Dieses Widerstandsrecht wurde eingeführt so als Bonbon für die Verabschiedung der Notstandsverfassung. Und dieses Notstandsrecht hat die Eigenart, daß man es von niemandem kriegt, sondern daß man dieses Widerstandsrecht in Anspruch nehmen muß. In Anspruch nehmen muß auf die Gefahr, daß man damit keinen Erfolg hat, und der, der keinen Erfolg hat, den trifft es zunächst. Das kann für uns kein Grund sein, keinen Widerstand mehr zu leisten. Denn das ist unser Land, indem wir leben, und es gibt für uns weder die Möglichkeit der Emigration nach außen noch nach innen. Das ist unser Land und wir wollen hier leben!"



## Beispielhafte Aktion: 'Schützt die bürgerlichen Rechte!'

ANGESICHTS DER DROHENDEN POLIZEI- UND RAZZIENGESETZE HABEN AN DIE 200 REGENSBURGER BÜRGER DIE ÖFFENTLICHKEIT ALARMIERT. DIE ENTSCLOSSENHEIT, MIT DER GEGENSEITIGEN ABGRENZUNG ZUGUNSTEN GEMEINSAMER INTERESSEN AUFZUHÖREN, WURDE ERKÄMPFT. DIE BEREITSCHAFT ZU ZENTRALEM PROTEST KAM ZUM AUSDRUCK!

Am Tag nach der Veröffentlichung des Aufrufs "Schützt die bürgerlichen Rechte" (Mittelbayrische Zeitung), der von über 170 Personen unterzeichnet wurde, und den wir hier abdrucken, fand in Regensburg eine Informationsveranstaltung zum gleichen Thema statt, die auf großes Interesse stieß.

Universitätsprofessor Gustav Obermair (SPD) - früher Rektor der Regensburger

Universität, auf dessen Initiative der Aufruf zustande gekommen war, leitete die Versammlung. Er stellte fest, daß gemeinsames Handeln gerade angesichts eines derart massiven Angriffs, wie er derzeit gegen uns alle gestartet wird, nötig ist, auch wenn Differenzen in der politischen Einschätzung und Strategie bestehen. Er hielt dies für möglich, da ja die Entschlossenheit und Bereitschaft gegen den Abbau der demokratischen Rechte zu kämpfen vorhanden sei. Angesichts dieser Situation, von der wir alle betroffen wären, müsse man eben sehen, wie man der vielzitierten "Gemeinsamkeit der Demokraten" da oben in Bonn eine andere, eine echte und tatsächliche Gemeinsamkeit entgegensetzt.

So konnte er an diesem Abend Vertreter und Mitglieder von SPD, Amnesty International, DGB-Jugend, Anti-Strauß-Komitee, SJD+Die Falken, SHB, ASTA, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Jusos, des Arbeitskreises Regensburger Schüler und Schülervertreter und der Deutschen Friedensunion vorstellen.

In ihren Beiträgen wurde deutlich, für wie bedrohlich die Demokraten die jetzige Situation halten, daß sie alle diese geplanten neuen Gesetze als weiteren Schritt in der reaktionären Entwicklung der letzten Jahre sehen, und daß es notwendig ist, schnellstens und gemeinsam aktiv zu werden. Kein Wort von "Unvereinbarkeit" oder "Lieber nicht", wie es sich in der Vergangenheit oft so lähmend auswirkte. Daß dafür die Zeit vorbei sein muß,

wurde wohl so manchem klar, als der Hauptreferent, Strafverteidiger K. Klefke aus München, anschaulich schilderte, wie in diesen Gesetzesentwürfen der totale Polizeistaat angelegt ist, dem jeder Bürger hilflos ausgeliefert wäre.

Die ca. 300 Versammelten folgten seinen Ausführungen ebenso wie denen Professor Steinmüllers von der Universität Regensburg, der den totalen Überwachungsstaat (neue Meldegesetze!) skizzierte, mit großer Betroffenheit.

Es stellte sich heraus, wie dringend notwendig es ist, die Bevölkerung darüber aufzuklären, was derzeit in unserem Lande vorgeht, und daß das und der Kampf gegen weitere Entrechtung und Unterdrückung die Aufgabe aller Demokraten sein muß.

In diesem Sinn wurde zu einem Arbeitskreis "Schützt die bürgerlichen Rechte" aufgerufen.

Zum Schluß wurde mit großem Beifall der Vorschlag von Professor Obermair aufgenommen, die Kontakte untereinander weiterhin zu pflegen und als nächsten Schritt, die Vorbereitung einer großen, zentralen Protestaktion in Angriff zu nehmen.

# AUFRUF

## Schützt die bürgerlichen Rechte

Mit wachsender Besorgnis verfolgen wir seit Jahren die vielfältigen Beschränkungen bürgerlicher Rechte, die durch Gesetzesänderungen und eine einengende Verfassungsinterpretation von immer mächtigeren Bürokratien durchgesetzt werden konnten. Nun bieten terroristische Gewalttaten den autoritären Ordnungsmächten einen willkommenen Anlaß, mit einer Flut von Gesetzesänderungen die Macht des Staates, vor allem der Exekutive, gegenüber dem Bürger erneut auszuweiten. Mit dem Kontaktsperregesetz wurde ein schlimmer Anfang gesetzt: Das Durchdringen im Parlament mit der Verleumdung opponierender Abgeordneter, die im Gesetz angelegte Aufhebung der Gewaltenteilung und die Ermöglichung der Fortdauer einer Verhaftung ohne jeden Rechtsbeistand, nach Anordnung nicht eines Richters, sondern der Landesbehörden — das alles ist fast unerträglich in einer liberalen Republik.

Schlimmeres soll kommen:

Ein Polizeirecht, das vorbeugende Festnahmen von Personen, allgemeine Auskunftspflicht gegenüber der Polizei, quasimilitärische Bewaffnung und den gezielten Todesschuß einführen soll (Innenministerkonferenz 1976).

Eine Fülle von Gesetzesvorlagen und Entwürfen sieht u. a. vor:

— Ausschuß eines Verteidigers, nicht mehr wenn Gründe, also Tatsachen vorliegen, sondern schon wenn "Verdacht" besteht,

Gabriele Aust, Diplom-Psychologin  
Rosa Aigner, Schülerin  
Brigitte Bär, Sekretärin  
Hubert Bauch, Architekt  
Dorothea Bauch  
Roland Bauer, Turmchenwirt  
Karl-Heinz Betz, Kunsthistoriker  
Michael Blank, Student  
Reiner Bausch  
Birgit Beck, Hausfrau  
Eva Binder, Diplom-Psychologin  
Hans-Georg Blochl, Student  
Ulla Böhm, Tegerheim  
W. Böhm, Tegerheim  
Ruth Becker, Buchhändlerin  
Dr. Herbert E. Brekle, Universitäts-Professor  
Fr. von Bultzingslöwen, Arzt  
M. Brucher, Versicherungskaufmannslehrling  
Heinrich Brückl, kaufm. Auszubildender  
Claus Burghart, Student  
Virginia Bücherl, Studentin  
Efrade Diemer, Buchhändlerin  
Susanne Dietl  
Roland Doerk, Bildhauer  
Gerd Ebenbeck, Zahnarzt  
Eckhardt, Korrektor  
Ursula Eggerding, Diplom-Psychologin  
Bernd Eisvogel, Arbeiter, Kapfberg  
Michael Eichhorn, Photo-Designer  
Werner Enzmann, Student  
Gerhart Engelmann, Kunstlehrer  
Cornelius Färber, Gastwirt  
Christian Feldmann, Dipl.-Theologe, Journalist  
Kurt Fricke, Schriftsetzer  
Wolfgang Friedl, Studienrat

Ulrich Fritsche, Studienrat  
Helmut Grneinwieser, Student  
Manion Guthrie, wiss. Assistentin am Landtag  
Ulrich Hammer, Student  
Max Heimler, Student  
Dr. Jürgen Heidkamp, Zahnarzt  
Rudolf Heider, Diakon  
Gunter Halbritter, Buchhändler  
Sylvia Halbritter, Buchhändlerin  
Ernst Herzog, Dipl.-Volkswirt  
Anni Hoffmann, Kassiererin  
Hartmut Hoffmann, Betriebswirt, grad.  
Wolfgang Hesse, Jurastudent  
Rudolf Hohenhanner, Architekt  
Helmut Hoffmann, Schüler  
Lydia Holzgen, Hausfrau  
Werner Hofbauer, Kinomacher  
Roman Eisenbeis, Buchhändler  
Helmut Hennek, Angestellter  
Ulrike Himmelhuber, Krankenpflegeschülerin  
F. Huber, Student  
E. Grath, Schülerin  
Renate Gruber, Schülerin  
Hans Grimm, Diplom-Psychologe  
Karin Jöckel, Hausfrau  
Oswald Kaiser, Landwirt  
Ute Kätzler  
Alfred Karl, Soziologe  
Sonja Karl  
Christa Kannheiser-Bourras, Diplom-Psychologin  
B. Kerstina, Apotheker  
Robert Kiehlhaber, Rechtsanwalt  
Werner Kindsmüller, Student  
Hannelore Klar, Buchhändlerin  
Dieter Klar, Diplom-Volkswirt  
Ise Knill

Reinhard Knill, Steuerbevollmächtigter  
Helmut Knyrim, Lehrer  
Altmuth Köllner, Buchhändlerin  
Paul Köllner, Angestellter  
Gudula Kuddelsmann, Lehrerin  
Klaus Kufold, Diplom-Pädagoge  
E. v. Kardoff, wiss. Angestellter  
Ute Kubatschka  
H. Kilger, Beamtin  
Ludger Klus, Betriebswirt  
Roman Knöfle  
Andreas Krampfl, Arbeiter, Imblerstein  
Hubert Langner, Angestellter  
Edith Lada, Volksschullehrerin I. R.  
Angela Leister, Drogistin  
Wolfgang Lenzen  
Erich Löw jr., Schüler  
Josef Lumy, Rentner  
Hans Lux, Diplom-Volkswirt  
Luise Mack  
Siegfried Mack, Studiendirektor  
H. J. Madelsky, Lehrer  
Dieter Müller, Angestellter  
Ingrid Maltz, Hausfrau  
Christine Mirt, Studentin  
A. Michel, Studentin  
Dr. Reinhard Meyer, wiss. Assistent  
S. Mühlbauer, Kirschmaler, Auszubildender  
Armin Müller, wiss. Angestellter  
Heidi Müller  
Bernd Neumann-Henneberg, Weinwirt  
Elisabeth Nothoff, Angestellte  
Astrid Obermair, Lehrerin  
Gustav Obermair, Universitäts-Professor  
Martin Peetz, Schüler

Hedi Penner, Buchhändlerin  
Franz Piller, Maurer  
Harald Raab, Journalist  
Wilma Pfaffelhuber, Rentnerin  
Michael Puchert, Rechtsreferendar  
Hubert Reile, Großhandelskaufmann  
Herbert Rankewitz, Schüler  
Brigitte Renkl, Hausfrau  
Conny Renkl, Diplom-Volkswirt  
Gabi Reimann, Kindergärtnerin  
S. Riederer, Kunststoffarbeiter  
Johann Rösch, Gewerkschaftssekretär  
Johann Rötzer, Buchhändler  
Edith Rosler, Studentin  
Manfred Rothe, Bibliothekar  
Wilma Rost, Bibliotheksassistentin  
Harald Sandner, Student  
Gerhard Sandner, Architekt  
H. Schaefer, Bildhauer  
Hubert Scheibinger, Arbeiter  
Wolfgang Schmittmeier, arbeitslos  
Manion Schmidt, Studentin  
Familie Schnabel, Arbeiter  
Martha Schaidnager, Dipl.-Psychologin  
Franz Schindler, Student  
Axel Schild, Dipl.-Psychologe  
Thomas Schindler, Schüler  
Ute Schilde, Sozialpädagogin  
Albert Schmidt, Student  
Winfried Sifert, Student  
Gerhard Seikost, Student  
Reinhard Seyler, Student  
Ulrich Schmid, Studentin  
Wolfgang Sowa, Student  
Peter Strauch, Auszubildender  
Fred Strohmaier, Buchhändler

Manfred Strohmeier, Fernmeldetechniker  
Jutta Spengler  
Rudolf Spengler, Studienrat  
Klaus Stampfer, Student  
Dr. Wolfgang Unterharnscheidt, Arzt  
Wilfried Ulrich, Dipl.-Psychologin  
Karin Ullrich, Dipl.-Psychologin  
Fred Tummler, Arzt  
Klaus Schmid, Schüler  
Claudius Vergö, Dipl.-Psychologe  
Hannes Volken, Buchhändler  
Heinz Vogt, arbeitslos  
Herbert Wasner, Zvidienstleistender  
Fini Weber, Hausfrau, Essing  
Karl Weber, Zimmerer, Essing  
B. Winthuis, wiss. Angestellter  
Walter Wolf, Dipl.-Psychologe  
Monika Zahn, Neutraubling  
Werner Zahn, Neutraubling  
Josef Zant, Krankenpfleger  
Harald Zintl, Student  
Kurt Leichter, Gastwirt  
Udo Zell  
Sofie Zimmerer, Pasing  
Wolfgang Zimmerer, Pasing  
Heinz Cimalla, Student  
Wilhelm Eber, Starkstromelektriker  
Michael Host, Starkstromelektriker  
Joachim Köppl, Zvidienstleistender  
Ulrich Lempp, Angestellter  
Thomas Muggenbauer, Student  
Mani Seid, Industriekaufmann  
Gerd Strasser, Student  
Hartmut Vetterhuber, Verkaufsfahrer  
Jochen Vedagubler, Druckereibesitzer

Anzeige in der Mittelbayrischen Zeitung vom 17. 1. 78, Regensburg

## Aufruf gegen den Abbau demokratischer Grundrechte

Die unterzeichnenden Nürnberger Bürger sind aufs tiefste besorgt über die Entwicklung unserer Demokratie. Das Ende letzten Jahres verabschiedete Kontaktsperregesetz, war das erste Gesetz einer Flut von Folgegesetzen der Notstandsgesetze, die dem Bundestag vorliegen. Wurde mit diesem ersten Gesetz die Kontaktmöglichkeit eines Untersuchungsgefangenen mit seinem Rechtsanwalt radikal beschränkt und z. T. ganz aufgehoben, so sollen die noch folgenden Gesetze

- die Rechte von Angeklagten und Verteidigern noch weiter einschränken
- der Polizei die Möglichkeit zum Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren verschaffen
- die Sicherheitsverwahrung, als Schutzhaft aus dem 1. Reich wohl bekannt, verschärfen und ausdehnen
- das Demonstrationsrecht weiter aushöhlen,

um nur die Spitze eines Eisberges zu erwähnen. Weiter werden Organisationen mit Verbotsdrohungen bedrängt. Auch wenn heute die geplanten Verbote Organisationen betreffen, die der demokratischen Bewegung großen Schaden zugefügt haben, so zeigen gerade die Vorschläge der CSU, daß dies nur Vorbereitung ist, um gegen alle demokratischen Organisationen vorzugehen. Gerade die Bürger unseres Landes sollten angesichts einer solchen Entwicklung wachsam werden, hat doch schon einmal die Einschränkung und der Abbau demokratischer Rechte in unserem Land eine Entwicklung eingeleitet, die in des dunkelste Kapitel unseres Volkes, in die tiefste Barbarei, zum Faschismus geführt hat.

Angesichts der Äußerungen des CSU-Verstehenden F. J. Strauß über die chilenische Militärdiktatur, angesichts einer politischen Entwicklung in der BRD, die über die Notstandsgesetze, Berufsverbote und das Kontaktsperregesetz führt, angesichts der Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer durch das Bundesverfassungsgericht mit ausschließlich politischer Begründung, angesichts der jetzt vorliegenden Gesetzesentwürfe, fordern wir alle Demokraten auf, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Ende Januar stehen diese Gesetzesentwürfe zur ersten Lesung im Bundestag an. Deshalb gilt es, sofort den Widerstand gegen diese Gesetzesvorlagen breit in die Öffentlichkeit zu tragen. Deshalb gilt es, mit allen dazu bereit Menschen zentral in Bonn dagegen zu demonstrieren. In Nürnberg werden wir hierzu eine Kundgebung durchführen. Wenn wir jetzt schweigen, wird es ein bitteres Erwachen geben!

Kontaktadresse: BDP/BDJ, Schweinauer Straße 58, 85 Nürnberg.

GEW-Kreisvorstand Nürnberg: ASTA der Fachhochschule Nürnberg; Fachschaftsrat Sozialwesen der FHS Nürnberg; Jusos-Vorstand Nürnberg, im Vorstand der DFG/VK Nürnberg: K. Birkner, H. Bystrich (Student), B. Gek (Student), W. Oerter (Florist), H. Wagner (Student); BDP/BDJ Ortsvorstand Nürnberg; Werkstatt Nürnberg des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt; U. Darius, Textilarbeiter; U. Diekmann, Buchkiste; W. Feldmann, Fernmeldemechaniker; C. Fries, Geigenbauer (Mitglied der DFG/VK); B. Gschwendtner, Lehrerin; Dr. med. E. Henghuber; Dr. H. Hager, Lehrer; I. Kirmeler, Gewerkschaftssekretär; V. Lambert, Bürokaufmann (Mitglied der DFG/VK); H. Schächner, Elektromechaniker; K. Simm-Gek, Bankkaufmann (Mitglied der DFG/VK); Dr. med. B. Späth; M. Ullrich, Dipl.-Psychologe (Mitglied der DFG/VK); V. Vesser, Elektromechaniker; Dr. med. H. Wandt; V. Wölk (Mitglied der Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der BR Deutschland und der SR Vietnam); P. Zippel (Mitglied des Arbeitskreises Nürnberger Schülersprecher).



## Verfassungsschutz greift Russel Tribunal an

In der letzten Nummer des DID berichteten wir über die Geschichte der beiden ersten Internationalen Russel-Tribunale und über die Ziele des 3. Russell-Tribunals: Zur Situation der Menschenrechte in der BRD und Westberlin.

Durch die politische Entwicklung unseres Landes in den letzten Monaten hat sich die Bedeutung dieses Tribunals erhöht.

Neue Notstandsgesetze werden geplant und verabschiedet, die die bisherigen bei weitem in den Schatten stellen. Die verschiedenen, geplanten Gesetze und ihre oft schon vorweggenommene Anwendung wett-eifern darin, die Menschen bei uns einzuschüchtern, den Demokraten die Luft zum Atmen zu nehmen, die bürgerlichen Rechte mehr und mehr außer Kraft zu setzen.

In dieser Zeit beweist das Russell-Tribunal seine Wichtigkeit: Es ist wichtig und ermutigend für alle Demokraten. Es ist wichtig und gefährlich für alle Feinde der Demokratie.

Das Erstere zeigt sich daran, daß immer mehr bekannte demokratische Persönlichkeiten das Russell-Tribunal unterstützen. Die Prinzipien des Tribunals sind Objektivität, Öffentlichkeit, Universalität und Unabhängigkeit.

In seiner Autobiographie schreibt Bertrand Russell: "Für die Objektivität des Verfahrens scheint mir die Integrität der Mitglieder des Tribunals zu bürgen, sowie die Tatsache, daß niemand irgendwelche Staatsmacht repräsentiert und daß die Verhandlung nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet."

Für die Jury des 3. Internationalen Russell Tribunals haben sich bisher folgende Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt:

- Dr. H. Gollwitzer, Professor für ev. Theologie an der Freien Universität (FU) Berlin,
- R. Lombardi, Mitglied der ital. Sozialdemokratie, Abgeordneter,
- St. Lukes, Britischer Soziologe,
- Wolf-Dieter Narr, Politologe an der FU Berlin,
- E. A. Taikeff, amerikanischer Strafrechts-Anwalt,
- U. Terracini, Präsident der Konstituierenden Versammlung in Italien, Mit-KPI (Kommun. Partei Italiens),
- G. Anders, Schriftsteller,
- E. Bentley, amerikanischer Theaterkritiker,
- Cl. Bourdet, Präsident der Bewegung für Abrüstung, Frieden und Freiheit,
- Browne, Mitglied der irischen Labour Party
- O. S. de Carvalho, nach der Niederschlagung des Faschismus führendes Mitglied im 1975 gebildeten Revolutionsrat in Portugal,
- G. Casalis, Professor für praktische Theologie in Paris, Mitglied des Weltkirchenrates,
- I. Drewitz, deutsche Schriftstellerin, Mitglied des Präsidiums des PEN-Zentrums in der BRD,
- R. Jungk, Schriftsteller, unterstützt die Abrüstungs- und Anti-Kernkraft-Bewegung,
- L. W. Nauta, Holländer, Mitglied der Partei der Arbeit, Soziologe,
- M. Niemöller, Theologe.



Dies ist nur eine Reihe der bekanntesten Persönlichkeiten, die das Russell-Tribunal unterstützen; darüber hinaus gibt es viele Einzelpersonlichkeiten und Initiativen an vielen Orten der BRD, die positiv für diese Bewegung eingestellt sind, obwohl die Zahl dieser Menschen viel größer sein sollte. Aber die Großen in unserem Land haben schon Angst bekommen. Das beweist ein geheimes Papier des Verfassungsschutzes vom September 1977. Dieses Papier kam zufällig in die richtigen Hände. Wir drucken die aufschlußreichsten Passagen ab:

Man sieht die Auftraggeber solcher Papiere haben Angst vor uns, aber deswegen sind sie nicht weniger aktiv. Ganz im Gegenteil; damit die Demokraten in unserem Land nicht mächtiger werden, forcieren sie den Abbau demokratischer Rechte immer weiter.

Dagegen dürfen wir nicht mehr nur die Information und Anklage setzen, dagegen müssen andere Mittel angewendet werden. Eine zentrale Demonstration wäre der nächste Schritt gegen diesen Un-Rechts-Staat.

Wir fordern vor allem die bundesdeutschen Mitglieder der Jury des Tribunals auf, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen. Wichtig ist vor allem, daß die Organisationen der Werktätigen, die Gewerkschaften, in diesen Kampf eingreifen. Appelle demokratischer Künstler und Wissenschaftler an die Gewerkschaften, in diesem Sinne aktiv zu werden, könnte einen Schritt vorwärts bedeuten.

Wir werden uns mit dieser Aufforderung auch persönlich an die deutschen Jury-Mitglieder wenden.

Im dem Russell-Tribunal bessere materielle Ausgangspositionen zu verschaffen, veröffentlichen wir hier noch einmal die Spendenkonten:

- Bankkonto: Nr. 0254 585 300,  
Th. Dieckmann, Sonderkonto Russell-Tribunal, Berliner Bank, Berlin  
BLZ 100 200 00

oder

- Postscheckkonto: Nr. 415 909 - 100  
Th. Dieckmann, Sonderkonto Russell-Tribunal, Postscheckamt Berlin-West  
BLZ 100 100 10.

## VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Referat US 2:  
US 2 - 614 300 - R/21 VS N/D

Bonn, den 20. September 1977

Betr.: „Russell-Tribunal“ gegen „Repression in der Bundesrepublik Deutschland“

Es ist zu erwarten, daß das Russell-Tribunal unter starker internationaler Beteiligung ablaufen und größere internationale Beachtung finden wird. So haben sich bereits in Schweden, England, Holland, Belgien, Österreich, Frankreich, Italien und in der Schweiz Unterstützungskomitees gebildet, die hauptsächlich von Gruppierungen der „Neuen Linken“ getragen werden.

### 2. Bewertung

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfälschen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten aber schlecht und lückenhaft Informierten. Es ist nicht anzuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert.

Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential hat, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt.

Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

### 3. Mögliche Gegenmaßnahmen

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin im einzelnen zu prüfen.

3.1 Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden „Freispruch“ zu erzielen.

Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit der Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2 Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses

- der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder, an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und  
- die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der genannten Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion selbst wegen ihrer Seltenheit dem Tribunal nicht zu unangemessener Bekanntheit verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räumlichkeiten (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

### 3.3 Verbote

- nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.

Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff. 4 VersammG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht komme z.B. Straftatbestände nach §§ 89, 90 a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten, die staatlichen Organe der Bundesrepublik „belastenden“ Zeugenaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweisführung und aus Wirksamkeitsbetrachtungen eine politische Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 4 Ziff. 4 VersammG oder ein Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.



## Paranoia

"Mit Betroffenheit habe ich die Nachricht von der Schließung des SPIEGEL-Büros in Ost-Berlin gehört, allerdings nicht mit Überraschung.

Eine Regierung, die Intellektuelle und Künstler drangsaliert und aus dem Lande ausweist, kann es schon gar nicht ertragen, wenn - von wem und wo auch immer - Kritik publiziert wird, die das System und seine Träger in Frage stellt. Was mich allerdings überrascht, ist das Maß an Unsicherheit, das aus dieser Haltung der DDR-Regierung spricht. Sehr stark kann eine Regierung nicht sein und sich nicht fühlen, wenn sie so nervös reagiert und so offensichtlich gegen die auch von ihr akzeptierten Grundsätze von Helsinki verstößt.

Als Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, in deren Mauern der Spiegel seinen Sitz hat, möchte ich Sie meiner Solidarität und Sympathie versichern. Dieser Vorgang berührt nicht nur die freie Arbeit des Spiegel, sondern die Meinungsfreiheit insgesamt."

Zu diesem Leserbrief im Spiegel 3, 1978 fühlte sich der Hamburger Bürgermeister Klose bemüßigt. Das ist ja alles schön und gut, aber auch eine Glanzleistung an Heuchelei. Putzig daran ist nämlich die selbstgerechte Blindheit eines Mannes, der einem Bundesland mit überdurchschnittlicher Berufsverbotsquote vorsteht; Machthaber in einem Staate, der auch gar zu gerne kritische Intellektuelle und Künstler drangsaliert, und es schon gar nicht vertragen kann, wenn - von wem und wo auch immer - Kritik publiziert wird, die das System und seine Träger in Frage stellt.

Das Durchpötschen der §§ 88 a, 130 a usf. muß diesem Mitglied des Bundestats entgangen sein, die anderen einschlägi-

gen Strafbestimmungen sind ihm fremd, und daß hierzulande alle möglichen Harmlosigkeiten als "Staatsverunglimpfung", "Volksverhetzung" usf. wahnwitzig verfolgt werden, weiß der Jurist Klose angeblich nicht. Es ist wahrlich zu läppisch, zu dumm, zu verheuchelt!

In Bezug auf den Spiegel-Vorgang ist die DDR gewiß auch mit entsprechenden Paragraphen gesegnet, da stehen sich die beiden deutschen Bürokratien in nichts nach. Doch warum äußert sich Herr Klose nicht entsprechend heroisch zur hieorts beliebten Sympathisantenjagd, zur Verfolgung der Atomkraftgegner, zu den Verfahren um den Nachdruck des harmlosen Buback-Nachrufes: "Sehr stark kann eine Regierung nicht sein und sich nicht fühlen, wenn sie so nervös reagiert..."? Er trete für die Meinungsfreiheit insgesamt ein und geiße die psychopathischen Ausfälle gegen Böll, Rinser, Staack, Chotjewitz, den Mescalero usf. Er verbiete die Berufsverbote in Hamburg, er fordere die Aufhebung des KPD-Verbotes, verurteile die Reinigung von Schul-Lesebüchern in Bayern von unliebsamen Autoren, stelle sich gegen den in Bremen von einem CDU-Abgeordneten angedeuteten Wunsch nach Bücherverbrennung, kämpfe gegen die Maulkorbgesetze, gegen Zensur und Selbstzensur in den Medien ... Und war es nicht gerade in Hamburg, wo Lehrern vom Schulsenator per Rundschreiben der Hinweis auf die SS-Vergangenheit des Schleyer verboten wurde?

Und eine dumme Frage an Herrn Klose: Von dem Spiegel-Manifest kann man ja halten, was man will, aber was würde in Hamburg mit einem Bund deutscher Kommunisten geschehen, der die leitenden Herren der BRD als eine unfähige Bande korrupter Idioten beschriebe, die ganze BRD als einen Selbstbedienungsladen für einige herrschende Familien - und deshalb forderte, ein wahrhaft kommunistisches Gesamtdeutschland zu errichten?

Die offizielle Begeisterung für ein solches Manifest wäre hierzulande doch gering, die Staatsanwälte begännen über dem StGb zu grübeln, und die Manifestanten würden schnellstens aus ihren Posten als Friedhofsgärtner, Lokführer oder gar Lehrer herausgesäubert, damit sie Zeit hätten, über Meinungsfreiheit insgesamt und über die Heuchelei von Herrschenden speziell nachzudenken.



# Schwarzer Humor

Groß-Hagener-Karnevalsoges. GmbH

Am 14.1.78 wurde von der Groß-Hagener Karnevalsgesellschaft F. J. Strauß die "Kette des goldenen Humors" verliehen. Gegen diese Provokation der Hagener Bonzen und Schickeria fand sich - initiiert vom "Hagener Volksblatt" - einer unabhängigen, überparteilichen, gegen rechts gerichteten Monatszeitung, ein breites Bündnis der Hagener Demokraten zusammen. Es umfaßte neben dem Hagener Volksblatt, Falken, Jusos, DKP-Mitgliedergruppe, DFG/VK, ESG-Bochum u.a., also ein nachahmenswertes Beispiel einer guten Aktionseinheit. Am Vormittag fand eine Kundgebung mit einem ideenreichen Kulturprogramm sowie eine Demonstration durch die Innenstadt statt, der sich viele Menschen spontan anschlossen. Die Stimmung war gut und kämpferisch.

Am Abend wurde Strauß vor dem Theater, wo das "Theater" sich abspielte, ein lautstarker Empfang bereitet.

Über die gute Aufnahme der Vertreter des Regensburger Anti-Strauß-Komitees bedankten wir uns sehr. Wir drucken im folgenden den Leserbrief an das Hagener Volksblatt ab, den die Kollegen, die in Hagen waren, schrieben:

Wir möchten Euch zu dem Erfolg Eurer Aktion "Kein Strauß in Hagen und auch nicht anderswo" beglückwünschen, mit der es Euch gelungen ist, dem Protest der Hagener Demokraten gegen Strauß Ausdruck zu geben. Insbesondere das breite Bündnis verschiedenster Organisationen hat uns sehr beeindruckt, da bei Euch die Aktionseinheit gegen rechts lebendig verwirklicht wurde, wie es ja auch unseren Bemühungen entspricht.

Wir wollen hier Euch einige Punkte zu bedenken geben, die bei Euch nicht zum Tragen kamen, die uns aber sehr wichtig erscheinen. Zum einen habt Ihr Strauß ganz auf die Rolle eines Freundes von faschistischen Regimes beschränkt, der das "chilenische Modell" auch für uns empfiehlt. Das ist zwar schon ein äußerst wichtiger Punkt - aber was macht denn Strauß so gefährlich? Warum kann man ihn nicht einfach als "bayerischen Folternarren", wie Ihr das tatet, abtun? Was bei Euch fehlte, war die Darstellung, wer hinter Strauß steht, bzw. wer ihn als Gallionsfigur vor sich herschiebt: die Kapitalisten.



Etwa 500 Demonstranten protestierten gegen den Auftritt des CSU-Chefs.  
(WR-Bilder: Hans Wehner)

Das hätte man z. B. tun können durch Hinweise auf den CSU-Freundeskreis, der die wichtigsten Unternehmer der BRD umfaßt, durch Hinweise auf seine engen Beziehungen zu Rüstungsbaronen, Bankiers, Großgrundbesitzern und Waffenhändlern, die nicht zuletzt mit seiner Hilfe auf unsere Kosten immer reicher werden, durch Hinweise auf seine Politik, die Bayern zum Aufmarschgebiet für Faschismus und Reaktion macht sowie schließlich seine rechtsradikalen Verbindungen, die ihn als Sammelpunkt der alten und neuen Nazis entlarvt hätten, der die "Hilstruppen" der NPD und anderer faschistischer Organisationen dirigiert.

Gezwungen durch die ökonomische Krise beginnen die reaktionärsten Teile des Finanzkapitals wieder auf Faschismus und Krieg zu setzen und Strauß ist ihr Mann.

Der 2. Punkt, den wir bei Euch vermißten, betrifft die Weiterarbeit. Euer erfolgreiches Bündnis müßte sich als Vertreter und Sammelpunkt des demokratischen Hagens verstehen, das zu erweitern ist, und dessen Einsichten in der Bevölkerung zu verankern sind.

Es gilt dabei nicht nur, die drohende Gefahr von rechts zu zeigen, sondern der Bevölkerung auch den Abbau der demokratischen Rechte, wie es z. Zt. im Eiltempo von der Bundesregierung vorangetrieben wird, aufzuweisen. Denn noch ist es ja breiten Kreisen der Bevölkerung nicht bewußt, daß unter dem Vorwand der Terroristenjagd ihre Rechte im großen Ausmaß beseitigt werden.

Die Schwäche der Bewegung gegen die Notstandsgesetze ist es bisher, daß sie zersplittert ist, daß regionale Veranstaltungen, Proteste und Resolutionen nicht allgemein bekannt werden. Um der Bewegung die nötige Stoßkraft zu geben, ist es dringend erforderlich, auf eine zentrale Demonstration in Bonn hinzuwirken, wie sie jetzt schon vielerorts vorbereitet wird.

In diesem Sinne wünschen wir Euch weiter hin viel Erfolg:

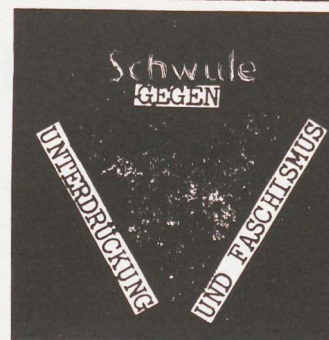
Alle Demokraten einig gegen rechts!



An das  
Anti-Strauß-Komitee  
Martin-Greif-Straße 3

8000 München 2

den 12.1.1978



Liebe Freunde,

aufgefordert, etwas über Aktivitäten gegen die zunehmende Repression und faschisierung in der BRD und Westberlin zu berichten, schreibe ich über ein Thema, das weitestgehend unbeachtet bleibt -die Unterdrückung der Schwulen in der Gesellschaft.

Keine Gruppe Verfolgter des Nazi-Regimes wird heute konsequenter von antifaschistischen Gruppen ebenso, wie von Parteien negiert. Als hätten zehntausende von Schwulen nie in den Folterkellern und KZ's des Nazi-Regimes gelitten.

Die Unterdrückung und Stigmatisierung der Schwulen basiert auf der bürgerlichen Zwangsmoral, wird aber kritiklos auch von 'linken', von Antifaschisten und Kommunisten übernommen. Diese Unterdrückung endete nicht mit der Befreiung vom Hitlerfaschismus, sondern wurde weiter in der BRD (ebenso in der DDR) betrieben. So fand z.B. das Bundesverfassungsgericht 1957, daß die Verfolgung und Liquidierung Homosexueller im Nazi-Regime "keinem nationalsozialistischen Gedanken-gut entspräche". Dies bedeutete nicht nur, daß die Überlebenden Schwulen keinen Entschädigungsanspruch hatten, sondern, daß die Unterdrückung der Schwulen notfalls bis in die Gaskammer führen darf.

Der jüngste Fall der Repression gegen die Schwulen in ihrer Gesamtheit (von den Fällen individueller Unterdrückung am Arbeitsplatz zu schweigen) ereignete sich in Bayern: Die Absetzung des Films 'Die Konsequenz', der sich in mehr oder weniger gelungener Weise bemühte, das Klischee des Homosexuellen zu berichtigen. Die Bayern durften diesen Film nicht sehen. Der Bayrische Rundfunk in seiner Funktion als katholischer Moral-apostel befand, daß dieser Film nicht für das bayrische Gemüt geeignet wäre. Nun in Bremen, Hessen und in allen anderen Bundesländern, durfte man diesen Film sehen, ohne daß sich eine vermehrte Homosexualität abzeichnet.

Die Absetzung des Films, bedeutet eine Entmündigung der Bevölkerung Bayerns und der Schwulen, von denen man erwartet, daß diese eine solche Zensur hinnehmen würden.

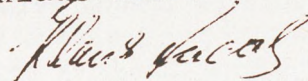
Nicht das erste Mal, wurde im BR ein Film mit Schwuler Thematik abgesetzt. Bereits 1974 wurde Rosa v. Praunheims 'Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft in der er lebt' in Bayern nicht ausgestrahlt. Seither hat sich aber einiges geändert, es gibt eine Schwulenbewegung, die wenn auch in Deutschland noch schwach, ein neues Selbstbewußtsein schafft. Dieses neue Selbstbewußtsein ist auch politisch -wir Schwulen, sind nicht länger bereit der zunehmenden faschisierung tatenlos zuzusehen.



Von den antifaschistischen Organisationen und von den kommunistischen Gruppen verlangen viele Schwule eine Stellungnahme, welchen Standpunkt sie in dieser Frage einnehmen. Dies ist nur allzu berechtigt, da die bewußte Arbeiterbewegung immer wieder gegen die Unterdrückung Schwuler Stellung genommen hat. August Bebel beantragte z.B. die ersatzlose Streichung des § 175 im deutschen Reichstag. Die Bolschewiki schafften in der Sowjet-Union sämtliche Gesetze ab, die Schwule diskriminierten. Auf dem Gebiet des Sexualstrafrechts wurde die Sowjet-Union bald richtungsweisend, auch wenn diese Entwicklung Ende der zwanziger Jahre abgebrochen wurde. Die KPD, war es, die während der Weimarer Republik immer wieder für die Abschaffung des § 175 eintrat.

Die Unterdrückung von Schwulen hat dieselbe Funktion, wie die Unterdrückung von Andersdenkenden -ein Klima zu schaffen, in dem eine abweichende Meinung kriminalisiert werden kann - d.h. also die Weichen zu stellen für einen erneuten Faschismus. Die Schwulen, werden diesmal aber nicht widerstandslos in die KZ's gehen: der Widerstand gegen die Schwulen Unterdrückung ist ein antifaschistischer Widerstand!

Klaus Lucas



Mitglied der homosexuellen Aktion  
München

Wir haben uns sehr gefreut, daß ein Leser des DID das Thema der Homosexuellen aufgegriffen hat, und zwar - unserer Ansicht nach - sehr gut. Unser eigenes Schweigen zu diesem Problem hat sicher auch seine Ursache darin, daß diese Frage mit allerlei Tabus auch unter uns selbst behaftet ist und von daher die Kritik des Autors seine Berechtigung hat.

Wir finden es sehr gut, daß sich die Homosexuellen zusammengeschlossen haben und sich politisch mit ihrer Lage auseinandersetzen.

Was nach Meinung des ASK in dem Leserbrief nicht klar genug herausgestellt wurde, ist folgender Aspekt: Der Kampf gegen die Diskriminierung und Verfolgung der Homosexuellen ist dann sicher nicht erfolgreich, wenn er allein unter diesem Gesichtspunkt geführt wird, also isoliert. Die Diffamierung der Homosexuellen war z. B. nur ein Ausdruck des unmenschlichen Wesens des Faschismus. Darum muß auch der

Kampf der Homosexuellen an den Wurzeln des Faschismus ansetzen und nicht nur an bestimmten Erscheinungsformen. Dieser Kampf muß sich also einordnen in den allgemeinen demokratisch-antifaschistischen Kampf und sich als ein Teil dessen begreifen.

Dieser Gesichtspunkt gilt auch für andere Gruppen, Komitees und Aktionsbündnisse und natürlich auch für uns selber. Wenn wir den Kampf gegen Strauß isoliert gegen die Person führen würden, wären wir auf dem Holzweg. Wenn die Bewegung gegen die Berufsverbote nur allein dagegen sich richtete und nicht auch gegen die anderen Einschränkungen der demokratischen Rechte, würde sie sich selber isolieren.

Was uns etwas gefehlt hat in diesem Brief, so das, welche praktischen, konkreten Konsequenzen und Aufgaben sich daraus für die Homosexuellen ergeben.

Wir würden uns über eine Beantwortung dieser Frage freuen, damit der DID auch darüber berichten kann.

Die Redaktion



## Zweierlei Maß

Hans Georg Faust hat sich nach § 88 a des Strafgesetzbuches strafbar gemacht, denn er ist einer, der "als einzelner absichtlich bewirkt, daß im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes durch Störhandlungen .... Dienststellen ganz oder zum Teil außer Tätigkeit gesetzt" werden und der "sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ..... einsetzt."

Sein Verbrechen, durch das er der BRD nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt hat, ist die angebliche (denn bewiesen ist noch nichts) Weitergabe, daß der Atomwissenschaftler Traube verfassungswidrig mit Wanzen belauscht wurde, daß in dessen Wohnung von Staatsbeamten eingebrochen wurde und daß offizielle Stellen dafür gesorgt haben, daß der nachweislich unschuldige Traube seine Stellung verlor.

Wegen Verstoßes gegen den § 88 a wurde Faust verhaftet; da dem Staatsanwalt aber wohl selbst nicht ganz wohl war, jemanden, der Verbrechen des Staates aufgedeckt hatte, eben deshalb des Verbrechens zu zeihen, wurde die Anklage geändert.

Jetzt ist Faust einer, der "unbefugt Gegenstände, namentlich Schriften ....., die .... von einer .... amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung als geheimhaltungsbedürftig gekennzeichnet sind, oder deren wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige, öffentliche Interessen gefährdet." (§ 353 c Abs. 1)

An den Tatsachen hat sich damit nichts geändert. Wer als Demokrat seiner Pflicht folgt und beweist, daß der Verfassungsschutz die Verfassung nicht schützt, sondern bricht, der kommt ins Gefängnis.

Wer bislang die Warnungen im DID als leeres Gerede bezeichnet hat, daß in diesem Staat viele Gesetze nicht gegen die Feinde der Demokratie, sondern gegen Demokraten gemacht werden, der wird an diesem Beispiel auf brutale Weise eines anderen belehrt.

Interessant sind nun zwei Fragen: Mit welchen juristischen Winkelzügen wird von den Richtern nachgewiesen, daß

die Bekanntgabe illegaler Schnüffelpolitiken 'wichtige öffentliche Interessen gefährdet'?

Was passiert dem Informanten, der evtl. der Öffentlichkeit bekanntgibt, wer Franz Josef Strauß abhörte und wo? Wird dann der Richter feststellen, daß es im öffentlichen Interesse liegt, wenn durch eine Abhöraktion bewiesen wird, daß Strauß in den Bestechungsskandal um die Flugzeugfirma Lockheed verwickelt war?

## Anti - Strauß - Lied

Hört ihr Leut und laßt euch sagen,  
Strauß der will euch an den Kragen,  
Strauß für Banken und Industrie,  
greift nach dem Rest der Demokratie.

Hört die Herren, wie sie klagen,  
holten auch in Krisentagen  
immer noch mehr aus uns heraus,  
drücken die Löhne und stellen uns aus.

Hört sie, damit nicht zufrieden,  
wieder die alten Pläne schmieden,  
"Wir sind wieder wer, wir wollen noch mehr,  
daß die D-Mark Weltwährung wär!"

Hört sie um die Märkte streiten,  
fieberhaft rüsten, Krieg vorbereiten.  
Ihre Armee steht wieder bereit,  
für den Krieg und gegen den Streik.

Hört sie tuscheln, hört sie flüstern  
mit ihren Kriegs- und Innenministern,  
lassen Nazis wieder marschieren,  
Terrorbanden organisieren.

Hört die SPD-Regierung  
unter dem Vorwand der Schleierentführung,  
statt mehr Lohn und Arbeitsplätze  
baut sie ab das Grundgesetz.

Schmidt und Genscher machen fleißig  
Blitzgesetze wie anno 30,  
daß das zum Faschismus führt,  
läßt sie wie damals ungerührt.

Hört ihr Leut und laßt euch sagen,  
wenn sie Terroristen jagen,  
Terroristen sind nicht gemeint  
die Arbeiterklasse ist ihr Feind.

Hört, ihr sollt es nicht mehr wagen  
Eure Meinung laut zu sagen  
wer auf seine Freiheit pocht,  
der wird vorbeugend eingelocht.

Hört ihr nicht auf zu kritisieren,  
euch im Kampf zu organisieren,  
für mehr Lohn und Arbeitsplätze  
droht euch ein Verbotsgesetz.

Hört, diese ganzen Terrorgesetze  
dienen der Demokratenhetze  
und wer sich dagegen wehrt,  
wird zum Sympathisanten erklärt.

Hört, die Siemens, Krupp und Thyssen  
wieder keinen Ausweg wissen,  
Demokratie, die bringt nichts mehr,  
ein neuer "starker Mann" soll her.

Demokraten, Sozialisten,  
Strauß sagt, Ihr seid Terroristen,  
Schmidt reicht ihnen nicht mehr aus,  
darum baun sie auf den Strauß.

Hört, die allerdümmsten Kälber  
wählen ihren Metzger selber,  
die Moral von der Geschichte:  
Hört auf Volksverhetzer nicht.



SEIT 1817  
BIS ?

# Cellesche Zeitung



UNABHÄNGIG

ÜBERPARTEILICH

5. November 1977

**Erbkrankheiten zerstören die biologische Substanz des deutschen Volkes: Es gibt fast nur noch Kranke, kaum noch Gesunde!**

**A. Hitler W. Zuzan**

...istische Propaganda (so SPD-Innenminister  
"Celleschen Zeitung", ohne daß  
"die"

Wer die Nationalzeitung kauft, weiß, was ihn erwartet: der offene Revanchismus, der unverfälschte Aufguß nationalsozialistischer Propaganda auf "Bonner" anstatt Weimarer Verhältnisse umgeschrieben. Doch ist dies nicht der einzige Ort faschistischer Propaganda. Auch in sogenannten seriösen, überparteilichen Blättern bekommt man einiges geboten. So erreichte uns aus Celle bei Hannover ein Beispiel offener, faschistischer Propaganda im einzigen Lokalblatt, der 'Celleschen Zeitung', das mit einer Auflage von ca. 35 000 und einem Marktanteil von 97 % ein Informationsmonopol hat. Aus der Feder des politischen Redakteurs, Dr. W. Zuzan, ehem. NPD Hamburg, konnte man am 4.6. und 21.6.1977 folgende markigen Sätze finden:

"... Kostenexplosion im Gesundheitswesen hat ihre tiefste und kräftigste Wurzel in der biologischen Dekadenz der in zwei Weltkriegen und durch zwei biologische ebenso 'mörderische' Nachkriegsepochen geschwächten Völker Mitteleuropas, die einen hohen Prozentsatz ihrer potentesten Männer verloren hatten. Durch verminderte Fortpflanzung der virilen, aktiven, kreativen und kerngesunden Männer und vermehrter Fortpflanzung der weniger gesunden, weniger bewegungsfreudigen, weniger wagenden sowie durch das völlige Ignorieren der Erbkrankheiten ist die biologi-

sche Substanz vor allem des deutschen Volkes verdünnt worden".

Arbeitsdienst: "Die bewundernswerte Bravour des Gemeinderates eines kleinen oberpfälzischen Städtchens, einem ihrer einst prominenten Bürger, dem Reichsarbeitsdienstführer Konstantin Hierl, nicht posthum die Ehrenbürgerschaft zu entziehen, bietet nun den Anlaß, über ein Thema zu meditieren, das vor einigen Jahren zur Zeit der Vollbeschäftigung tabu war ... Wäre es dennoch nicht angebracht, eine europäische Institution zu schaffen, in der alle jungen Menschen, ohne die geringste Ausnahme, evtl. sogar national bunt gewürfelt, für die Dauer eines halben oder ganzen Jahres die Uniform der Arbeit, die körperliche nämlich, kennen und schätzen lernen?"

Die Textgegenüberstellungen stammen von einigen Jugendlichen, die in einer mutigen Aktion mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gingen, um dies Gedanken gut anzuprangern. Sie schließen ihre Aufklärungsarbeit mit einem Aufruf zur Mitarbeit:

Bergen-Belsen ist nicht weit, wir meinen, dergleichen darf nicht verharmlost werden, man muß sich von Anfang an entschieden dagegen aussprechen und wehren

Einmal Faschismus reicht für immer und ewig!!



## Solidarität

### hatte Erfolg!

Hermann R. Mayer, der Verleger der Bremer Tageszeitung Weser Kurier (WK) und Bremer Nachrichten, versuchte seine Macht auszuspielen, indem er den Redakteur für Politik beim WK, Heiko Wegener, entlassen wollte. Vorgeworfen wurde ihm die Abgabe einer geschäftsschädigenden Erklärung. Der Redakteur hatte während eines dreiwöchigen Streiks im Juni 1977 - hier ging es gegen die vom Verleger Mayer praktizierte Anrechnung übertariflicher Zuschläge auf tariflich vereinbarte Gehaltserhöhung - einen Brief an den Bürgermeister geschrieben, in dem er



sich dahingehend äußerte, daß es für ihn als Staatsbürger, Journalist und SPD - Mitglied unerträglich sei, wie mit dem Recht des Bürgers auf Information umgegangen wird. Er hatte auch Kritik an der Haltung der Geschäftsleitung der Weser-Kurier-GmbH geübt. Dem Anschein nach war der Redakteur schon seit längerem der Geschäftsleitung ein Dorn im Auge.

Wegener, der während des Streiks einmal öffentlich geäußert hat, beim WK würden Maschinen pfleglicher behandelt als Menschen, entschloß sich zum Kampf ums Bleiben. So schickte der Redakteur das Schreiben über die Mitteilung, daß er entlassen werden sollte, an den Betriebsrat. Ein entschlossener Aufstand der Belegschaft aus Solidarität für Wegener folgte. Ob jetzt das große Aufräumen losgehe, fragten Redakteure und Angestellte. Auch die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier und der Redaktionsausschuß von Radio Bremen zeigten ihre Solidarität.

Verleger Mayer, der die Gefahr roch, nahm die Kündigung zurück. Dank der enormen Solidarität der Mitarbeiter konnte ein einseitiges Machtverhältnis gesprengt werden.

## Nicht alles glauben

Zur chilenischen Volksbefragung, an der selbst seriöse, aber erzkonservative Blätter kein gutes Haar ließen, zitieren wir die "Berliner Morgenpost", Berlins größte Abonnementzeitung und das lokalpolitische und -patriotische Flaggschiff aus dem Springer-Verlag im Originalton.

"Die Chilenen können wieder abstimmen". So heißt der erste Satz zur Einstimmung. Braut denkt Frau Lehmann aus Moabit, so schlimm ist es also gar nicht, "ausgerechnet kommunistische Staaten wie Kuba setzen diese Resolution (gemeint ist die Menschenrechtsresolution zu Chile in der UNO) auf die Tagesordnung." Ausgerechnet die, denkt die Lehmann, die sollen drüben doch erstmal den Kaffee billiger machen!"

"General Pinochet dient der UNO immer noch als Buhmann Nummer eins" bedauert die Morgenpost, Frau Lehmann kommen fast die Tränen,

"Die Generäle hatten nicht die besten Berater" meint die Morgenpost und Frau Lehmann denkt an ihr letztes Horoskop. Das hat auch nicht hingehauen. Bei Gene-

rälen geht eben auch manchmal was daneben.

Jubel, Trubel, Heiterkeit bricht aus, als das Blatt fortfährt: "Tatsache ist aber: In Chile herrschen größere Freiheiten, als in Kuba. Die Menschenrechtssituation hat sich erheblich verbessert, wirtschaftlich geht es nach einer langen Durststrecke wieder aufwärts. Pinochet plant die Rückkehr zur Demokratie in den 80-er Jahren. Wenn es um Chile geht, hauen kubanische Kommunisten afrikanische Despoten und deutsche Sozialdemokraten in eine Kerbe "schließt die Morgenpost.

Frau Lehmann ist nicht bereit, in diese Kerbe zu hauen. Die sollen doch den Pinochet in Ruhe lassen. - Denkste: Als sie einkaufen geht, kann sie es nicht verhindern, mit chilenischen Studenten ins Gespräch zu kommen, die an der Kirche in der Turmstraße einen Hungerstreik für das Ende der KZ-Haft ihrer Kollegen durchführen. Schließlich glaubt Frau Lehmann denen mehr, einen kennt sie sogar. - Hoffentlich nimmt sie sich vor, in Zukunft nicht mehr alles zu glauben, was die Morgenpost schreibt, sonst wäre sie reingefallen.



## Faschistenfreunde

In unserer Dokumentation über Strauß' Reise nach Chile zitierten wir bereits die Freude der Farbwerke Hoechst über den Militärputsch und schrieben in der Einleitung: "Natürlich hatte Strauß in Chile auch den Auftrag, die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen der deutschen Konzerne in Chile zu vertreten, die sich im Investitionsklima der Faschisten recht wohl fühlen". Wie wohl, das zeigt eine Glückwunschanzeige der chilenischen Volkswagen-Niederlassung in der chilenischen Zeitung "El Mercurio" (die auf Grund ihrer Verdienste um die Bekämpfung des gewählten Präsidenten Allende sich's nun kannibalisch wohl gehen läßt) am 11.9.1977 aus Anlaß des 4. Jahrestages des blutigen, faschistischen Militärputsches:

"Die Familie Volkswagen möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Möglichkeit danken, daß sie in dieses Land kommen durfte, um sich in ihm aufzuhalten und mit seinem Volk Freiheit, Schwung und Lebensfreude zu teilen."

Von teilen kann wohl keine Rede sein, aber Freiheit genießen Unternehmer in faschistischen Ländern immer, in Ländern, aus denen anständige fliehen oder vertrieben werden, wenn sie nicht ermordet werden, und in die dann die Freiheitsapostel von CIA, Multis und CSU einfallen, um an der Freude halbielter Reallöhne und entsprechend steigender Unternehmergewinne teilzuhaben.

Die ersten 'sozialen' Maßnahmen der Militärjunta waren bekanntlich das Verbot von Streiks und die Streichung des tgl. halben Liters Milch für Kleinkinder.

Freiheit statt Sozialismus!

Die Interessen-Identität von Kapital und Faschisten sticht in die Augen. Verblüffend ist nur, wie neuerdings überall Freiheit entdeckt wird, ein Begriff, der auch hier arg strapaziert wird, so daß man befürchten muß, mit Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sei es dort nicht weit her, wo sie pausenlos beschworen werden müssen.

Im Fall VW ist außerdem bemerkenswert, daß es sich dabei nicht um einen beliebigen, multinationalen Konzern handelt, der im Ausland ausplaudert, was hier offen zu sagen noch nicht ganz opportun

ist, sondern um ein teilprivatisiertes Staatsunternehmen, das vom Bund und vom Land Niedersachsen beherrscht wird und trotzdem in Chile seinen Hunderttausenden von Volksaktionären vorexerziert, was im Zweifelsfall vom "Volk" und seiner "Freiheit" gehalten wird.



Dokumentation vom  
Anti-Strauß-Komitee:  
Strauß in Chile . . 1.- DM

zu beziehen durch:  
H. Jacobi,  
Martin-Greif-Straße 3  
8000 München 2

Anzeige:

# Gegen die Nazi Lügen:

Wie Hitler  
die Arbeitslosigkeit "beseitigte"  
und andere Legenden

Nachdruck einer  
1945 erschienenen Schrift von W. Ulbricht "Legende vom  
deutschen Sozialismus"

Zu bestellen bei  
Verlag Freies Volk, 8 München 2, Tul-  
beckstr.4 zum Preis von DM 1.50



30. Januar 1978: 45. Jahrestag der Machtergreifung des Hitlerfaschismus

## NPD-Schläger prügeln Demokraten

Am 30. Januar 1978 verteilten Mitglieder des demokratischen Jugendzirkels Regensburg und des Anti-Strauß-Komitees Informationsmaterial anlässlich des 45. Jahrestages der Machtergreifung des Hitlerfaschismus und Flugblätter, die auf die Gefahr, die der Demokratie heute von rechts droht, hinwiesen und die Losung verbreiteten:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Einig gegen rechts!

Bei diesem Stand erschienen zwei stadtbekannte Regensburger Jungnazis; der eine, Dieter Kerscher, Sohn des NPD-Kreisvorsitzenden und NPD-Spitzenkandidaten für die Stadtratswahlen, Max Kerscher. Nachdem sie durch wüste Beschimpfungen (arbeitsscheues Gesindel, rote Sau ....) nicht provozieren konnten, prügelten sie auf Passanten und Verteiler ein; dabei schreckten diese brutalen und feigen Typen nicht einmal davor zurück, eine Frau tätlich anzugreifen; sie mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Polizei erschien erst nach dreimaligem Anrufen und verhaftete Dieter Kerscher. Die Angegriffenen erstatteten Anzeige.

Dies ist ein neuer Angriff der Kerscher-Bande. Zum ersten Mal wurden hier auf offener Straße, am helllichten Tag, mitten in unserer Stadt, Demokraten von Nazis angefallen und das ausgerechnet am 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers. Aufgrund des politischen Klimas in der Bundesrepublik, das systematisch von rechts erzeugt wird, wird genau diesen Kräften ermöglicht, heute wieder den Kopf frech zu erheben. Dagegen gilt es, geschlossen einzuschreiten! Denn die Frage steht wie vor 45 Jahren, entweder den Faschisten entschlossen entgegenzutreten oder selbst ihr Opfer zu werden. Wir fragen: Wie lange will die Stadtverwaltung das Treiben der Kerscher-Bande mitansetzen?

- Soll auf Wahlversammlungen Herr Kerscher als der honorige Bürger zu seinen Mitbürgern sprechen können?
- Sollen auf der Kerscher-Liste weiterhin ungehindert Angehörige des öffentlichen Dienstes kandidieren dürfen?

- Sollen weiterhin Regensburger Boxsportvereine faschistische Schläger ausbilden?
- Was wollen wir uns eigentlich noch gefallen lassen?

Die richtige Forderung ist:

Verbot der NPD und aller faschistischer Organisationen!

Nichtzulassung der NPD zu den Stadtratswahlen!

Alle Demokraten einig gegen faschistische Provokationen.

Reden und Taten der faschist. Schlägerbande Kerscher aus jüngster Zeit

"Während jetzt Zeit wäre, mit dem linken Ungeziefer endlich aufzuräumen, hören wir von den Lizenzparteien nur leere Sprüche." "Die Linken tun, was ihnen paßt, sie morden, entführen, erpressen" "Die Bonner Lizenzparteien sind - wie immer - hilflos, während auf den Universitäten schon die nächsten Buback-Mörder herangezüchtet werden."

### DAS IST AUFRUF ZUM TERROR!

Mit einem Flugblatt "Roter Terror ohne Ende", dem diese Zitate entnommen sind, ruft Max Kerscher zu einer NPD-Kundgebung auf, für

Sonntag, den 9. Oktober 1977 um 10,15 h im Augustiner in Regensburg.

Die Regensburger Zeitung "Die Woche" berichtete (21./28. Juli 1977):

"Die drei besten Regensburger Boxer lieferten Saalschlacht:"

Es war am Bürgerfest-Sonntag, Tatort:

"Margaretenauer Stuben" in Prüfening, Sachschaden: 5 000.- DM, 5 Gäste kamen ins Krankenhaus.

Gastwirt Aichele schilderte der Woche den Vorfall: "Ich erteilte einem Kerscher-Buben Lokalverbot, weil er sich in den Streit von 2 Gästen eingemischt hat. Daraufhin wurde Verstärkung geholt, es war ein richtiger Überfall."

Vater Kerscher deckte die Rowdies; und die Boxer Michael, Dieter und Armin Kerscher boxen immer noch für den SSV - Jahn - auch außerhalb.

### "Kerscher-Familie als Schlägertrupp":

Tatort: die Ludwig-Maximilians-Universität in München. Dort verprügelten Max Kerscher, seine Söhne und Mitglieder der schlagenden Verbindung Danubia eine Studentengruppe (diese hatten eine Tafel "Wehret den Anfängen" gegen die rechtsradikalen Tendenzen aufgestellt) und Passanten im Laufe des Jahres 1977.

Vorstehender Inhalt wurde einem Flugblatt entnommen, das das ASK Regensburg daraufhin herausbrachte.



## Nichts kommt von ungefähr

Im 'Stern' erschien ein Bericht über die Aktionen von jungen Neonazis, besonders in West-Berlin und Hamburg. Sie versuchen es genau wie die SA-Rollkommandos in der Weimarer Zeit mit Schlügereien, Sammeln von Waffen, Demolieren von Friedhöfen und Hakenkreuz-Schmiere-reien. - Nur zahlenmäßig sind sie noch nicht so stark, an Fanatismus und Brutalität sind sie jedoch ihren Vorbildern gewachsen (und nicht zufällig hat Strauß seine Freude an solchen Hilstruppen).

Dies geschieht alles, obwohl bekannt ist, was der Faschismus in ganz Europa für ein Leichen- und Ruinenfeld hinterlassen hat.

Wir sehen hier einen Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit, welche viele Jugendliche so verbittert, daß sie für solche blutig-braunen Parolen anfällig werden. Dabei sehen sie nicht, daß sie genau mit diesem Verhalten den Mächtigen nützen, die an ihrer gedrückten Lage schuld sind.

Ein Teil dieser faschistischen Umtriebe wird sicher von Jugendlichen begangen, deren berechtigter sozialer Protest in dieser Richtung fehlgeleitet wurde und entartete.



Jungnazis bei einer Aktion in Bochum

Ist es bei dem sog. Radikalenerlaß und der dadurch begünstigten Unterdrückung fortschrittlichen Gedankenguts ein Wunder, daß unwissende junge Leute ihren Protest im Rockertum oder bei den neuen Hakenkreuz-Banden erheben? Wenn die realen wirtschaftlichen und politischen Kräfte und Hintergründe von Arbeitslosigkeit u. a. nicht gezeigt werden dürfen, warum sollen dann in den benebelten Köpfen fehlgeleiteter Leute nicht wieder die jüdischen Bürger, die Ausländer und die 'Rotfront' an allem Unglück schuld sein?

Es hängt immer eins mit dem anderen zusammen und nichts kommt von ungefähr!

## Nicht vornehm, aber wirksam!

Am Montag, den 20.12.77, wurde der Briefträger Otto Fettig aus Eschborn bei Frankfurt wütend, so wütend, daß er seinen Zustellwagen bremste, sich ziemlich schnell dem Schallplatten-Verkaufsstand der Fa. Photo-Porst näherte und im Handumdrehen die dort reich sortierten "NS-Tondokumente" an den Stahlrohren seines Wagens zertrümmerte, worauf er sich in das Geschäft selbst begab, um mit dem Filialleiter über diese "Dokumente" zu diskutieren und um auf die Polizei zu warten, die natürlich alarmiert war. Otto Fettig fühlte sich zu recht im Recht: "Wenn man dagegen nichts tut, wo soll denn das hinführen"? beschied er die Fragenden. Bei ihm jedenfalls führte sein Vorgehen zu einem vollen Erfolg.

In Zukunft will der Filialleiter keine "NS-Tondokumente" mehr im Sortiment führen, vielleicht auch, weil Fettig nachwies, daß da nicht dokumentiert, umso dicker aber propagiert wird. Und auch die Anzeige hat der Geschäftsmann fallen lassen, "um mir weiteren Ärger zu ersparen". Na bitte!

NS-Fans aus der Gegend werden sich ein paar Geschäfte weiter bemühen müssen.

Durch die Frankfurter Rundschau erreichte Fettigs Vorgehen einen größeren Kreis und dem ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der Vorfall zum Anlaß genommen wird, die Frankfurter Staatsanwaltschaft mit harscher Kritik zu bedenken:

Bisher habe sie noch nichts gegen die faschistische Propaganda unternommen, sondern sich auf den "Dokumentencharakter" zurückgezogen.